



Schule S. 3 Hochschule S. 4/12 Bergbau S. 13 Kulturgut S. 14

Schule
Die Schlacht ist geschlagen: Die Koalition hat in drei Lesungen ihr neues Schulgesetz gegen den Widerstand der beiden Oppositionsfraktionen SPD und GRÜNE vor der Sommerpause durchgebracht.

Hochschule
Nach der Schule die Hochschule: Auch hier soll ein neues Gesetz für mehr Freiheit und Verantwortung sorgen. Nach erster Lesung im Plenum fand im Innovationsausschuss eine ausführliche Anhörung von Experten statt.

Bergbau
Mit einem Börsengang der RAG eröffnet sich die Perspektive für den Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau. Konzernchef Dr. Werner Müller warb im Ausschuss für seine Sicht der Börsenpläne.

Kulturgut
Der Kunstraub der Nazis beschäftigt Land und Gemeinden immer noch. Um altes Unrecht wieder gut zu machen, sollen Kulturgüter aus jüdischem Besitz an ihre Eigentümer oder Erben zurückgegeben werden.

Volksfest im besten Sinne – das Wort „Willkommen“ ließen sich die Menschen aus Nordrhein-Westfalen nicht zweimal sagen. Sie strömten anlässlich des Jubiläums von Landtag und Land in hellen Scharen zur Bürgermeile entlang des Düsseldorfer Rheinufers und nahmen das Haus der Volksvertretung voller Neugier und Interesse unter die Lupe. Der Landtag hatte an den beiden Tagen die Türen weit geöffnet und bot drinnen wie draußen eine bunte Mischung aus Information und Unterhaltung, Meinungs austausch und Kontakt mit den gewählten Abgeordneten. Das alles in entspannter und freundlicher Atmosphäre – kurz ein friedvolles Fest, wie es 60 Jahren gelebter Demokratie gut zu Gesicht steht. (Seiten 10 bis 11).

Hoher Besuch

Zwei Tage hat der Landtag für die Bürgerinnen und Bürger des Landes am vergangenen Wochenende seine Pforten geöffnet. Dazu wurden Programme geschmiedet, Informationsmaterial gedruckt und das Haus, wie sich das gehört, wenn hoher und wichtiger Besuch vor der Tür steht, herausgeputzt. Die wochenlange Arbeit hat sich gelohnt: Eine sichtbar freundlichere und hellere Eingangshalle empfängt ab jetzt die Eintretenden. Die Tage der offenen Tür standen diesmal im Zeichen des Jubiläums. Sie sind vielleicht ein Höhepunkt, aber nicht die einzige Veranstaltung, mit der der Landtag an sein Entstehen vor 60 Jahren erinnert. Schon seit Beginn des Jahres haben sich die einzelnen Regionen vorgestellt. Ende Oktober folgt dann der feierliche Festakt in der Düsseldorfer Tonhalle (Seite 9).

Foto: Meyer



Lebendiges Interesse an unserer Demokratie

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
„Das modernste Schulgesetz“	3
<i>Opposition kontert: Koalition zementiert ein unzeitgemäßes System</i>	
Ende für „verordnete Mittelmäßigkeit“	4
<i>Landtag berät in erster Lesung über das Hochschulfreiheitsgesetz</i>	
Volksinitiativen bleiben ohne Erfolg	5
<i>Minister: Beispiellose Steigerung der Mittel für Kinder und Jugendliche</i>	
Dauerbrenner Steinkohlesubventionen	6
<i>Stellungnahme beschäftigt den Landtag: Streitschrift oder Studie?</i>	
Neues Wohnen im Alter	7
<i>SPD: Maßnahmen fortsetzen und Gesetze weiterentwickeln</i>	
Kurze schwarz-grüne Eintracht	8
<i>Abgeordnete diskutieren steuerliche Förderung von Rußpartikelfiltern</i>	
Bürgerfreundlicher und sicherer	9
<i>Umbaumaßnahmen rechtzeitig abgeschlossen</i>	
„Durchatmen und weiter geht's“	9
<i>Im Landtag ist die Geburtstagsfeier für NRW noch nicht zu Ende</i>	
Zeichen für lebendige Demokratie	10-11
<i>Rekordbesuch: 62.000 Bürger beim Tag der offenen Tür</i>	
Freiheit oder Fremdbestimmung?	12
<i>Experten äußern sich zum Hochschulfreiheitsgesetz</i>	
RAG-Chef hält Börsengang für alternativlos	13
<i>Thoben: „Land darf nicht auf Folgekosten des Bergbaus sitzen bleiben“</i>	
Jüdisches Kulturgut in fremder Hand	14
<i>Appell an die Gemeinden: Suche und Rückgabe vorantreiben!</i>	
Stromerzeuger plädiert auf Freispruch	15
<i>Abgeordnete fordern zügigere Sanierung der Masten in NRW</i>	
Zwischen Strafe und Resozialisierung	16
<i>Rechtsausschuss diskutiert mit Experten neue Strukturen im Vollzug</i>	
Lernen bei den Nachbarn	17
<i>Ausschuss für Bauen und Verkehr vor Ort in Belgien und Holland</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Manfred Palmen (CDU)	19
FCL: Sieg über Viktoria	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20



Der Landtag – das unbekannte Wesen?

Landtage – was machen die eigentlich? Die Menschen erleben hautnah die Politik in ihrer Stadt, ihrer Gemeinde. Sie lesen in der Zeitung und hören und sehen in den elektronischen Medien, was in Berlin geschieht. Sie reiben sich manches Mal die Augen über das, was in Brüssel ausgedacht wird. Aber der Landtag? Für was ist der überhaupt zuständig?

Da sind wir mitten beim Thema. Bildung, Kultur und Medien, Polizei sind in unserem föderal verfassten Staat Ländersache. Das bringt im Prinzip Vielfalt und im Alltag Abstimmungsnotwendigkeiten. Dann gibt es noch Bereiche, in denen die Länder Ausführungsbestimmungen erlassen können, weil sie an Bundes- oder europäisches Recht gebunden sind.

Das mag auf den ersten Blick unübersichtlich erscheinen. Beim zweiten Hinschauen kann es interessant werden: Wie entscheidet sich unser Land und wie das Nachbarland? Beispiel Studienbeiträge. Im Land A werden sie eingeführt, Land B verzichtet darauf – welche Folgen hat das?

INFORMATION AUS ERSTER HAND

Landespolitik und damit Landtagspolitik kann durchaus spannend sein. Nur muss dafür das Bewusstsein geweckt und gehalten werden. Der Landtag informiert die Öffentlichkeit mit seinen eigenen Möglichkeiten. Die Medien berichten aus Plenum und Kabinetts. Das geschieht, und das ist wichtig. Aber für die Menschen sind es Informationen aus zweiter Hand.

An Informationen aus eigenem Erleben ist für Bürgerinnen und Bürger etwas schwieriger zu kommen. Die Vollversammlung der Abgeordneten tagt öffentlich. Für Ausschusssitzungen sind Zuhörer zugelassen. Aber hier gibt es mitunter Terminschwierigkeiten.

Ganz ohne Terminzwänge geht es dagegen bei den Tagen der offenen Tür zu, wie am vergangenen Wochenende. Da strömten die Menschen aus Nah und Fern herbei und nahmen ihr Haus in Beschlag. Offen, interessiert, wissensdurstig, neugierig.

Politikverdrossenheit? An diesen Tagen war wenig davon zu spüren. Über 60.000 Menschen machten sich auf den Weg, hörten zu und fragten nach, vertraten ihre Meinung, hielten mit kritischen Anmerkungen nicht hinter dem Berg, suchten den persönlichen Austausch mit Mandatsträgern und Beschäftigten. „Die große Besucherzahl hat mich gefreut“, sagt Landtagspräsidentin Regina van Dinter in ihrer Bilanz. „Für mich ist das ein Zeichen für ein lebendiges Interesse an unserer Demokratie.“ *JK*

„Das modernste Schulgesetz“

Opposition kontert: Koalition zementiert ein unzeitgemäßes System

Mit den Stimmen von CDU und FDP hat der Landtag in den beiden letzten Sitzungen vor der Sommerpause in zweiter und – von den Grünen beantragter – dritter Lesung das Zweite Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes (Entwurf der Landesregierung Drs. 14/1572) angenommen. Die zahlreichen von SPD und Grünen vorgelegten Änderungsanträge fanden keine Mehrheit.

Bernhard Recker (CDU) erinnerte daran, alle Leistungsvergleiche hätten deutlich gemacht, dass das Schulsystem nur unterdurchschnittliche Leistungen hervorbringe. „Wenn 39 Jahre Bildungspolitik es nicht verhindert haben, dass wir weit abgeschlagen hinter anderen Ländern rangieren, dass 25 Prozent der jungen Menschen nicht ausbildungsfähig sind, dass wir Ghettoschulen in unserem Land haben, dann gibt es kein ‚Weiter so‘ – das wäre unverantwortlich.“ Recker nannte drei zentrale Anliegen des neuen Schulgesetzes: „Erstens: Wir geben den Schulen mehr Freiheit und gleichzeitig mehr Verantwortung. Zweitens: Wir ermöglichen mehr Individualität in der Förderung. Drittens: Wir garantieren mehr und verlässlich guten Unterricht.“

Ute Schäfer (SPD) warf den Regierungsparteien vor, sie wollten ein mittlerweile unzeitgemäßes, gegliedertes Schulsystem zementieren. CDU und FDP paarten „Änderungswut mit Beratungsresistenz“ – dies sei eine explosive Mischung. „Anstatt die Anhörungen auszuwerten und daraus Konsequenzen zu ziehen, beschern Sie uns im Verlauf der Beratung das Bußgeld für Schüler und Schülerinnen ab 14 und die Diskussion über Schuluniformen. Das sind Ablenkungsmanöver von Ihrem höchst umstrittenen Gesetz“, fuhr Schäfer fort. „Sie versprechen zukünftig eine bessere individuelle Förderung und mehr Durchlässigkeit und handeln genau kontraproduktiv.“

Sigrid Beer (GRÜNE) fuhr schweres Geschütz auf: „Ich nenne es eine Unverfrorenheit, wie Sie Eltern, Schülern und Schülerinnen, Schulleitungen und Kommunen in die Falle rechtlicher Unsicherheiten laufen lassen, wie Sie es billigend in Kauf nehmen, dass mit dem neuen Schuljahr die Gerichte über die Aufnahme von Kindern an Grundschulen das letzte Wort haben werden und Schulleiterwahlen auf rechtlich ungesichertem Terrain stattfinden.“ Die Abgeordnete weiter: „Das Aushebeln des Elternrechts bei der Schulwahl im Übergang zur Sekundarstufe trägt jetzt den schwarz-gelben Stempel.“ Das neue Schulgesetz verstärke Bildungsarmut und Bildungsbenachteiligung.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) bezeichnete das neue Schulgesetz als das modernste und innovativste Regelwerk Deutschlands. Es bringe eine echte und klare Leistungsorientierung sowie individuelle Leistungs- und Begabungsförderung. Bisher habe das Zauberwort „Nivellierung“ geheißt. Nun wolle man die Talente des Landes durch die schrittweise Vorverlegung des Einschulungsalters bereits früh entwickeln und Defizite rechtzeitig in Lernstudios, einem besonderen Förderkonzept der Grundschule, ausgleichen. Dazu gehörten auch Qualitätsüberprüfungen durch zentrale Lernstandserhebungen in den Klassen 3 und 8 sowie zentrale Abschlussprüfungen am Ende der Sekundarstufe I und im Abitur.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) sagte: „NRW braucht eine bessere Schule. Und NRW wird sie bekommen.“ Und weiter: „Wir wollen Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen zu unseren Kernfächern machen und ihnen einen besonderen Stellenwert geben. Damit erfüllen wir den Wunsch von 91 Prozent der Eltern. Denn jede Art von weiterer Bildung baut darauf auf.“ Die Ministerin fuhr fort: „Wir werden verbindliche Sprachtests zwei Jahre vor der Einschulung unserer Kinder einführen. 75 Prozent haben wir dabei auf unserer Seite. Unsere Schule braucht wieder Werte. Das steht in Einklang mit 88 Prozent der Eltern in NRW. Damit einher geht auch unsere Absicht, Kopfnoten zur Beurteilung des Arbeits- und Sozialverhaltens wieder einzuführen. 78 Prozent stimmen uns vehement zu.“ Insgesamt habe man für das neue Schulgesetz die Zustimmung von drei Viertel aller Eltern.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) griff in die Debatte ein mit der Feststellung: „Dies ist ein guter Tag für die Kinder unseres Landes und ein schlechter Tag für all diejenigen, die lieber Ungerechtigkeit in Kauf nehmen, als von ihrer Ideologie Abschied zu nehmen.“ Das neue Gesetz bringe für die Eltern mehr Entscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten. Sie könnten jetzt entscheiden, an welcher Grundschule sie ihre Kinder anmelden. Eltern erhielten auch mehr Rechte dadurch, dass sie über die Schul-



Fotos: Döring

leitungen mitentscheiden könnten. Gut für die Schulen sei es auch, hartnäckiger gegen Schulschwänzer vorzugehen. Zur Opposition gewandt meinte er: „Sie meinen, Verbesserung sei erst dann möglich, wenn wir das gegliederte Schulsystem auflösen. Schulpolitik findet aber nicht irgendwo im luftleeren Raum statt, Schule baut man nicht völlig neu, Schule muss fertig werden mit dem, was da ist. Wer sagt, wir machen erst mal einen jahrzehntelangen Umbau des Schulsystems, der versündigt sich an unseren Kindern.“

Ende für „verordnete Mittelmäßigkeit“

Landtag berät in erster Lesung über das Hochschulfreiheitsgesetz

In erster Lesung hat der Landtag den Entwurf der Landesregierung zum Hochschulfreiheitsgesetz (HFG Drs. 14/2063) erörtert. Danach sollen die rund 30 staatlichen Hochschulen in NRW in weitgehende Selbstständigkeit entlassen werden, um künftig in eigener Verantwortung Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen treffen zu können. Durch mehr Wettbewerb erhofft sich die Regierung eine Verbesserung von Forschung und Lehre. Die Opposition lehnt die Reform ab. Sie warf der Landesregierung vor, sich damit aus der staatlichen Verantwortung für die Hochschulen zu verabschieden.

Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) nannte den Entwurf das „mit weitem Abstand freiheitlichste Hochschulrecht aller Bundesländer“, mit dem NRW eine „neue Ära der Hochschulpolitik“ einläute. Ziel sei es, einen echten Qualitätssprung in der Ausbildung der Studierenden und mehr Exzellenz in der Forschung zu erreichen. Der Minister plädierte für einen wissenschaftsadäquaten Wettbewerb und mehr Dynamik in der Hochschullandschaft: „Verordnete Mittelmäßigkeit, der nur wenige Ausreißer trotzig widerstehen, ist aus meiner Sicht eine Zumutung.“ Es werde künftig Aufsteiger und Absteiger unter den Hochschulen geben. Zu den Gewinnern gehörten die Hochschulen, „die schnell und flexibel sind und eine intel-

ligente Strategie für ihre individuelle Situation entwickeln“.

Marc Jan Eumann (SPD) betonte, auch seine Fraktion fordere mehr Autonomie für die Hochschulen in NRW. Diesem Anspruch werde der Entwurf der Regierung jedoch nicht gerecht. An Schwarz-Gelb ging seine Feststellung: „Sie missbrauchen den Freiheitsbegriff!“ Statt mehr Freiheit für die Hochschulen stehe Zahlungsunfähigkeit am Ende des Prozesses. Selbst der zuständige Fachminister kalkuliere offen damit, dass es bei dieser Hochschulpolitik Verlierer geben werde. „Das ist der falsche Weg.“ Das Gesetz sei nicht geeignet, die Hochschullandschaft und die Bedingungen für Lehre und Forschung nachhaltig zu verbessern. Er forderte die Regierung auf, den Dialog mit den beteiligten Akteuren zu suchen und den Entwurf nicht durchs Parlament zu „peitschen“.

Manfred Kuhmichel (CDU) nannte das Motto des Gesetzes: „Wer Qualität will, muss Freiheit geben.“ Jetzt gehe es darum, dieses Gesetz so schnell wie möglich umzusetzen. Statt Schwarz-Gelb auf diesem Weg zu folgen, habe sich die SPD von der konstruktiven Mitgestaltung einer modernen Hochschulpolitik verabschiedet. Die Sorge, der Staat werde sich vollständig aus der Verantwortung für die Hochschulen zurückziehen, bezeichnete er als unbegründet. Sein Fazit: „Heute ist ein guter Tag für unser Land und seine Hochschulen, für alle, die mutig und entschlossen die Qualität in der Ausbildung unserer Studierenden verbessern wollen, ein guter Tag im Sinne einer größeren Gestaltungsfreiheit unter Übernahme neuer Gestaltungsverantwortung.“

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) erteilte dem Gesetzentwurf eine deutliche Absage. Zwar sei der jetzige Entwurf gegenüber dem Referentenentwurf „verbal entschärft“ worden, im Kern habe sich jedoch nichts geändert. „Es bleibt bei der höchst umstrittenen politischen Weichenstellung, die staatliche Verantwortung



Fotos: Döring

für Wissenschaft, Forschung und Lehre zugunsten eines pseudomodernistischen Markt- und Wettbewerbsansatzes aufzugeben“, so die grüne Abgeordnete. Zumindest für den Bereich von Bildung, Wissenschaft und Forschung sei die Devise „Privat vor Staat“ nicht die Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft.

Christian Lindner (FDP) bezeichnete den Neustart in der Hochschulpolitik als „alternativlos“. Doch das Versagen liege nicht bei den Hochschulen und ihren Angehörigen. „Versagt hat vielmehr eine Hochschulpolitik, die auf planwirtschaftliche Instrumente, auf Regulierung, auf Masse statt auf Klasse gesetzt hat. Versagt hat ein überkommenes Hochschulrecht, das Initiative, Kreativität und Engagement behindert und nicht gefördert hat.“ Mit dem HFG werde die Koalition einen Schlusstrich unter die rot-grünen Versäumnisse ziehen. Lindner: „Wir sind davon überzeugt, dass der Staat nicht als Entscheider und Bevormunder gefragt ist, sondern, dass er als Partner der Hochschulen gebraucht wird.“



Wissenschaftsminister
Professor Dr.
Andreas Pinkwart (FDP)

Marc Jan Eumann (SPD)

Volksinitiativen bleiben ohne Erfolg

Minister: Beispiellose Steigerung der Mittel für Kinder und Jugendliche

Mit den Stimmen von CDU und FDP hat der Landtag die von zwei Volksinitiativen geforderte Rücknahme von Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich abgelehnt. Vor der Sommerpause haben die Abgeordneten die Anliegen der beiden Initiativen erörtert, auf Empfehlung des Generationenausschusses abgelehnt und damit abschließend behandelt. Den Beschlussempfehlungen (Drsn. 14/2057 und 14/2125) versagten SPD und Grüne ihre Zustimmung.

Marc Ratajczak (CDU) machte auf die desolate Finanzlage des Landes aufmerksam; die lasse keine großen Sprünge zu. Trotz dieser Situation sei es gelungen, „gerade den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit von den Einsparungen auszunehmen“. Das zeige doch, welch hohen Stellenwert die CDU-geführte Landesregierung der Förderung von Kindern und Jugendlichen einräume. „Wir haben noch mehr erreicht“, fuhr der Abgeordnete unter Hinweis auf den Landesjugendplan fort. Da sei die Fördersumme von 75 Millionen Euro bis zum Jahr 2010 festgeschrieben worden. Das gebe den Vereinen und Verbänden die Planungssicherheit, die immer wieder gefordert und von Rot-Grün nie verwirklicht worden sei.

Britta Altenkamp (SPD) wandte sich den Volksinitiativen zu: 538.531 Menschen hätten deren Anliegen unterstützt. Das sei nicht nur mehr als die FDP bei der letzten Landtagwahl Stimmen bekommen habe, „es ist eben auch ein Signal des Misstrauens gegenüber der Politik der Landesregierung“. Die rufe das „Jahr der Kinder“ aus und kürze nirgends so stark wie bei den Kindern. Das schädige das Vertrauen vieler Menschen in die Politik schwer. Der „ignorante Umgang“ mit den Volksinitiativen, über deren Argumente man sich im Regierungslager schlicht hinweggesetzt habe, lasse außerdem Zweifel daran aufkommen, „ob der politische

Diskurs mit Ihnen und der Politik insgesamt tatsächlich eine fruchtbringende Auseinandersetzung sein kann“. Jedenfalls sei abzusehen, dass als Folge der Kürzungen die Elternbeiträge für Kindertagesstätten steigen, dass Einrichtungen geschlossen werden müssen und dass weniger Kinder angemeldet werden.

Andrea Asch (GRÜNE) beklagte, „wenn 500.000 Menschen mit ihrer Stimme gegen die Kürzungen bei den Ansätzen für Kinder, Jugendliche und Familien protestieren, schert das die Landesregierung keinen Deut“. Sie dagegen gratuliere den Verantwortlichen der beiden Volksinitiativen dazu, dass sie das zustande gebracht hätten. „Sie haben Großartiges geleistet, Sie haben nämlich Ihren Finger in eine klaffende Wunde dieser Landesregierung gelegt“. Aber: „Bei den Regierenden in Nordrhein-Westfalen – bei der Landesregierung und bei den Mehrheitsfraktionen von CDU und FDP –, haben Sie rein gar nichts erreicht.“ Die Regierung Rüttgers habe die Arroganz der Macht schneller gelernt als das Regieren, fuhr die Abgeordnete fort und kritisierte deren Verhalten als „Wahlbetrug und Arroganz der Macht in Reinform“.

Christian Lindner (FDP) widersprach: „Diese Koalition kürzt nicht bei Kindern und Jugendlichen – wie die Opposition wider besseres Wissen behauptet –, sondern sie finanziert nur andere Maß-

nahmen, die aber auch Kindern und Jugendlichen zugute kommen.“ Es sei auch schlicht falsch zu sagen, die Koalition habe keine Konsequenzen aus den Volksinitiativen gezogen. Man habe eine Garantie über 75 Millionen Euro im Landesjugendplan gegeben. Künftig würden nicht verausgabte Mittel im kommenden Jahr wieder zur Verfügung gestellt. Außerdem sei ein Sonderprogramm mit 4,5 Millionen Euro aufgelegt worden, das auch im kommenden Haushaltsjahr weiter wirken könne. So würden Schwerpunkte gesetzt, trotz schwieriger Haushaltslage.

Generationsminister Armin Laschet (CDU) vertiefte das Argument: „Noch nie ist in einem Haushalt eine solche Steigerung für Kinder und Jugendliche beschlossen worden wie in diesem Jahr des Kindes.“ Und das werde im Jahr 2007 noch einmal verstärkt. Die Investitionen in Bildung von Kindern, bei der Erhöhung von Bildungschancen von Kindern, bei mehr Lehrern in der bisher vernachlässigten Hauptschule seien „schließlich keine Seniorenpolitik oder Landwirtschaftspolitik oder irgend etwas anderes“. Die Regierung meine es also ernst mit Kindern und Jugendlichen und sei auch mit den Volksinitiativen so umgegangen. Die Vermutung, dass die Novelle des Gesetzes über Kindertagesstätten zu einem „Spargesetz“ genutzt werde, wies der Minister mit der Zusage zurück: „Das neue Gesetz wird mehr Geld haben als das alte.“ ■

Ämter auf Zeit

... zu vergeben, das ist Wesenszug der Demokratie. So hat das Land im Lauf der Geschichte eine lange Reihe von Landtagspräsidenten und inzwischen zwei Landtagspräsidentinnen erlebt. Die amtierende Präsidentin, Regina van Dinther (M.), konnte einige ihrer Amtsvorgänger begrüßen, darunter Ingeborg Friebe (rechts neben ihr), Landtagspräsidentin von 1990 bis 1995. Mit von der Partie auch die Landtagspräsidenten Karl-Josef Denzer (2.v.l.) und Ulrich Schmidt (r.). Auf dem Bild sind noch Vizepräsident Edgar Moron (L.) und der langjährige CDU-Abgeordnete und frühere Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (2.v.r.). Anlass des Treffens war die Vorstellung des Films, in dem die Besucher des Landtags etwas über die Motive der Präsidenten erfahren, politisch tätig zu werden. Diese Beispiele, so Präsidentin van Dinthers Mahnung, sollten die jungen Leute in NRW veranlassen, sich ebenfalls zu engagieren. Foto: Meyer



Wissenschaftlich fundierte Studie oder Gefälligkeitsgutachten – diese Frage wurde an das RWI gerichtet, dessen Direktor zusammen mit dem Leiter des Hamburgischen Welt-Wirtschafts Institut die Kohlesubventionen untersucht hat. Auf dem Foto der Eingang zum RWI – Sitz in Essen.

Dauerbrenner Steinkohlesubventionen

Stellungnahme beschäftigt den Landtag: Streitschrift oder Studie?

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) hat Mitte des Jahres eine Streitschrift zum Thema Steinkohlesubventionen veröffentlicht, in der es sich kritisch mit den Argumenten des Gesamtverbandes des Deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt) für die Beibehaltung der Subventionszahlungen auseinandersetzt. Befürworter wie auch Gegner des subventionierten Bergbaus fühlten sich dadurch auf den Plan gerufen. Die Diskussion erreichte auch das Landesparlament und sorgte in der letzten Sitzung vor der Sommerpause für eine kontrovers geführte Debatte.

Dr. Wilhelm Droste (CDU) lobte die Streitschrift des RWI. In dieser „sehr wohl wissenschaftlichen Ausarbeitung“ werde nicht nur die Argumentation des GVSt für die Subventionierung des Steinkohlebergbaus widerlegt, „sondern zugleich auch in aller Klarheit die Sinnlosigkeit der Steinkohlesubventionen offen gelegt“. Die Wertschöpfung durch die heimische Steinkohle werde ebenso überschätzt wie die Gefahr drohender Massenarbeitslosigkeit der Bergleute bei Einstellung der Subventionszahlungen. Angesichts des akuten Fachkräftemangels sehe er kein Problem, die Bergleute in andere Tätigkeiten zu vermitteln. Auch der Hinweis auf die nationale Versorgungssicherheit sei „absolut unhaltbar“. Bei der deutschen Steinkohle handele es sich nicht um eine Reserve, sondern ausschließlich um eine Ressource.

Dietmar Brockes (FDP) wagte einen historischen Exkurs. Bereits in den 60-er Jahren habe

sich die heimische Steinkohle einem verschärften Wettbewerb durch günstigere Importkohle ausgesetzt gesehen. Damals habe die Politik erstmalig interveniert, indem sie die Einführung von Importzöllen bzw. -kontingenten für Importkohle beschlossen habe – „ein ordnungspolitischer Sündenfall“. Der nachhaltige Verlust an Wettbewerbsfähigkeit sei jedoch mit dem „zweifelhaften Erfolg“ der Gewerkschaften verbunden, zweistellige Lohnabschlüsse durchzusetzen, in deren Folge die Abbaukosten „förmlich explodierten“. Von diesem Schock habe sich die deutsche Steinkohle nie wieder erholt und befinde sich seitdem „ohne Aussicht auf Besserung auf der Intensivstation“. Es sei nun an der Zeit, „den Patienten von seinem Leiden zu erlösen“.

Karl Schultheis (SPD) versuchte die Streitschrift aus wissenschaftlicher Sicht zu beleuchten. „Die RWI-Streitschrift vermittelt einen für das RWI

aus unserer Sicht verheerenden Eindruck.“ Mit dieser „handwerkliche Mängel“ aufweisenden Veröffentlichung habe das RWI „das Feld der wissenschaftlich fundierten Arbeit verlassen“. Es sei fraglich, ob diese Streitschrift womöglich auf Betreiben der Landesregierung zustande gekommen sei und ob es einen Zusammenhang zwischen der politischen Betätigung und der – trotz Sparhaushalt – unverändert hohen Landesförderung des RWI gebe? „Wir lehnen es ab, dass Politiker den ehemals guten Ruf von heimischen Instituten benutzen, um bekannten eigenen politischen Positionen den Anschein von Wissenschaftlichkeit zu geben.“ Politik und freie Wissenschaft benötigten eine gewisse Distanz.

Reiner Priggen (GRÜNE) mahnte, den Blick wieder auf die eigentlichen Probleme zu richten, nämlich auf die Frage der Kohlefinanzierung nach 2009 sowie auf die Frage des Börsengangs der RAG. Trotz Bemühungen der Landesregierung herrsche hier längst noch nicht die nötige Transparenz. „Wir alle wissen, dass ab dem Jahre 2009 noch gezahlt werden muss; bei über 30.000 Leuten kann man nicht schlagartig aussteigen.“ Das Parlament als Haushaltsgesetzgeber müsse endlich sagen, „wenn wir die Hände für Mittel in dieser Größenordnung hochheben sollen, müssen wir auch die Fakten erfahren“. Er forderte, befristet einen „Projektausschuss Steinkohle“ einzurichten. „Wenn wir einen Ausschuss haben und der Landtag sagt, wir wollen bestimmte Fakten haben, dann wird die andere Seite nicht darum herum kommen, diese Information zu liefern.“

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) verteidigte die Ausarbeitung des RWI. „Die durch die Streitschrift ausgelöste Debatte ist mehr als notwendig und hilfreich, weil die bisherige Steinkohlepolitik unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten höchst problematisch ist.“ Deshalb sei der sozialverträgliche Ausstieg aus dem subventionierten Bergbau Teil der Koalitionsvereinbarung. „Die dazu erforderlichen Entscheidungen werden wir überlegt, sachorientiert und vor allem ohne zusätzliche Risiken für den Landshaushalt treffen. Dazu brauchen wir Entscheidungsgrundlagen.“ Daher habe der Bund in Abstimmung mit dem Land Gutachten in Auftrag gegeben: Eines betreffe die so genannten Ewigkeitskosten, das zweite werde sich mit verschiedenen Möglichkeiten einschließlich eines Börsengangs der RAG beschäftigen, um Zukunftsmöglichkeiten abzugreifen. Außerdem habe man die RAG aufgefordert, verschiedene Auslaufsenarien durchzurechnen und dem Land vorzulegen. ■

Neues Wohnen im Alter

SPD: Maßnahmen fortsetzen und Gesetze weiterentwickeln

Eine immer älter werdende Gesellschaft macht es unumgänglich, dass der absehbare demographische Wandel und seine Auswirkungen in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt werden. Mit dieser Feststellung beginnt der Antrag der SPD-Fraktion „Neues Wohnen im Alter“ (Drs. 14/2089), den der Landtag vor der Sommerpause erörtert und zur abschließenden Beratung an den Generationenausschuss überwiesen hat.

Elisabeth Koschorreck (SPD) sagte voraus, aufgrund der Alterung der Bevölkerung werde der Bedarf an speziellen Altenwohnungen in den nächsten 40 Jahren um Zweidrittel steigen. Die meisten Menschen wollten im Alter in einer überschaubaren Wohnanlage leben, mit zwei Zimmern, ruhig, im Grünen, aber innenstadtnah. Ein großer Teil der 55-Jährigen ziehe mindestens einmal noch um. „Ein größer werdender Anteil der Umzügler sucht nach alternativen Lebensformen. Die Palette der Wünsche und Angebote ist bunt. Denn der Trend geht weg von großen Einrichtungen. Die Menschen wollen auch im Alter individuell wohnen“. Schon in der Vergangenheit hätten Landtag und Landesregierung eine Vielzahl von Initiativen für die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen ergriffen. Die Abgeordnete erinnerte in diesem Zusammenhang an die Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion: Die und die Erkenntnisse verschiedener Enquetekommissionen könnte man als politische Grundlage für weitere Entscheidungsfindungen ansehen, schloss Koschorreck.

Jürgen Hollstein (CDU) erinnerte an die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP, die das Ziel benenne, älteren Menschen so lange wie möglich das selbst bestimmte Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Darum werde die Wohnungsbauförderung stärker auf die Schaffung von altersgerechtem Wohnraum ausgerichtet und die Modernisierung bestehender Alten- und Pflegeheime würde zum Regelförderangebot: „Dieses Wohnraumförderprogramm ist im laufenden Jahr immerhin mit rund 900 Millionen Euro ausgestattet.“ Den Antrag brauche man also nicht; ihn störe daran auch der alleinige Ruf nach dem Staat. Der Abgeordnete: „Im Bereich der Wohnungswirtschaft, im Bereich des neuen Wohnens im Alter geht ebenfalls Privat vor Staat, ohne dass wir das Land und die Landespolitik aus der Verantwortung entlassen wollen.“

Andrea Asch (GRÜNE) betonte, wie wichtig für den Verbleib im gewohnten Lebensumfeld die Selbsthilfe und die nachbarschaftlichen, generationsübergreifenden Netzwerke sind.

Daneben seien auch die gesetzlichen Regelungen anzupassen, etwa indem der Vorrang für ambulante Hilfe verankert werde. Änderung auch

im Bereich der Pflege: Hier würden immer noch die traditionell ausgerichteten, stationären Angebote gegenüber den neuen Wohn- und Pflegeformen bevorzugt. Ihre Fraktion verlange auch, dass die Leistungen für die Wohnanpassungsmaßnahmen dynamisiert werden. Die Übergänge der Finanzierung durch Pflege- und Krankenkassen müssten fließender und flexibler gestaltet werden. Überfällig sei auch ein Paradigmenwechsel innerhalb der Pflege hin zur Gesundheitsförderung als Bestandteil der Arbeit. Zudem sei das Heimgesetz schnell zu überprüfen und zu überarbeiten.

Dr. Stefan Romberg (FDP) monierte: „Wohnen im Alter kann nicht nur unter dem Gesichtspunkt Bauen gesehen werden.“ Die SPD hätte in ihrem Antrag auch Dinge ansprechen müssen wie die Entbürokratisierung der Pflege, die Personalsituation in der Altenpflege, Finanzierbarkeit, Systematik und Reform der Pflegeversicherung. Wohnen im Alter sei eine Querschnittsaufgabe, da greife der Antrag viel zu kurz.

Bauminister Oliver Wittke (CDU) machte darauf aufmerksam, bereits heute stünden das Wohnen im Alter und die Anpassung der Wohnungspolitik an den demographischen Wandel im Mittelpunkt der Wohnungspolitik und der Wohnraumförderung des Landes. Die Forderung, Modellmaßnahmen für alternative, generationenübergreifende Wohnformen zu initiieren und weiterzuentwickeln, stieß auf Zustimmung beim Minister, der sagte: „Das machen wir doch schon!“ Deshalb fördere das Land mit Mitteln der sozialen Wohnraumförderung Gruppenwohnungen mit individuellen Wohnbereichen und Gemeinschaftsräumen für alle, in denen ältere Menschen selbst bestimmt wohnen und erforderliche Unterstützungsleistungen auch gemeinschaftlich organisieren können. Gezielt werde auch das Angebot an Wohnraum für Pflegebedürftige im Quartier erweitert. Für baulich und konzeptionell veraltete Pflegeheime gebe es ein Regelförderungsangebot zur baulichen Nachbesserung. Der Minister sah keinen Bedarf für rechtliche Änderungen bei den bestehenden Altershilfstrukturen. ■

Wohnen im Alter – das heißt nicht nur möglichst viel „Barrierefreiheit“, sondern setzt auch voraus, dass die Verbindung zwischen junger und älterer Generation nicht abreißen

Foto: Schälte

Kurze schwarz-grüne Eintracht

Abgeordnete diskutieren steuerliche Förderung von Rußpartikelfiltern

In immer mehr Städten in Nordrhein-Westfalen nimmt die Belastung der Atemluft durch Feinstaub zu. Besserung verspricht sich die GRÜNE-Fraktion durch die Förderung von Rußpartikelfiltern für Dieselfahrzeuge. In einem Antrag (Drs. 14/2102) fordert sie die Landesregierung daher auf, die Bundesregierung bei ihrem Konzept zur steuerlichen Förderung der Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit Rußfiltern zu unterstützen. Zu kurz gesprungen, urteilten die übrigen Fraktionen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Johannes Rimmel (GRÜNE) richtete sich mit einer Art „Friedensangebot“ an die Adresse des NRW-Umweltministers. Eigentlich habe er sich darauf eingestellt, eine „Philippika“ auf die Landesregierung und den zuständigen Fachminister halten zu müssen. „Aber ich mache jetzt einmal etwas völlig Ungewöhnliches, ich lege mein Redemanuskript zur Seite und nehme den Minister in den Arm oder zumindest an die Hand“, sagte Rimmel. Als Grund für diese versöhnlichen Worte zitierte Rimmel aus einer Pressemeldung vom Vortag, wonach sich der Umweltminister dafür ausgesprochen habe, die Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit Partikelfiltern steuerlich zu fördern und einen Zuschuss von 300 Euro zu gewähren. Rimmel resümierte: „Das ist das Konzept der Bundesregierung. Das fordern wir in unserem Antrag auch. Deshalb mein Vorschlag: Lassen Sie uns die Zeit nicht mit Reden verplempern; lassen Sie uns das gemeinsam beschließen.“

Monika Brunert-Jetter (CDU) sprach sich grundsätzlich dafür aus, steuerliche Anreize für die Nachrüstung von Diesel-Pkw mit Rußfiltern zu schaffen. Zudem sei es richtig, Dieselaautos ohne Filter höher zu belasten. Es stehe außer Zweifel, dass die Belastung der Luft mit Rußteilchen ein gesundheitliches Risiko darstellt. „Wir sind aufgefordert, diese Gefahr zu reduzieren“, so die Abgeordnete. Daher werde ihre Fraktion die Landesregierung dabei unterstützen, ein vernünftiges Förderungsmodell voranzubringen. „Dabei müssen wir jedoch darauf achten, dass es zu einem Modell kommt, das auch für unseren Landshaushalt akzeptabel ist.“ Der zur Diskussion stehende Vorschlag sei „offenkundig noch nicht endgültig ausgereift“. An die Adresse der Grünen: „Wir lehnen den Antrag ab, weil wir sicher sind, eine bessere Lösung im weiteren Verfahren erreichen zu können.“

Stefanie Wiegand (SPD) zeigte sich zwiespalten: Einerseits könne sie die verpflichtende Einführung von Rußpartikelfiltern für Diesel-Pkw nur „auf das Herzlichste begrüßen“. Andererseits stelle sich die Frage, ob eine „Schlafmützenprämie“ in Form eines staatlichen Zuschusses

für Nachrüster notwendig und vertretbar sei. Wiegand: „Benachteiligen wir damit nicht eher diejenigen, die sich schon vorab für die Belange unserer Umwelt eingesetzt haben und die auf ein Dieselfahrzeug mit Rußpartikelfilter umgestiegen sind?“ Zudem gehe es nicht um die Förderung einer bestimmten Technik, sondern um die Einhaltung von festgelegten Partikelgrenzwerten. „Dazu gehört für uns auch das Anbieten von alternativen Antriebstechniken wie Biodiesel und Erdgas, aber auch die Konzeption von neuen Verkehrswegen und -mitteln.“ Das Ausrüsten von Fahrzeugen mit Partikelfiltern könne nur „ein Baustein in einem stimmigen Gesamtkonzept“ sein.

Holger Ellerbrock (FDP) stimmte seiner Vorrednerin zu: Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, „dass die Lösung der Feinstaubproblematik mittels Dieselfuhrpartikelfiltern der Königsweg sei“. In Wahrheit mache dies „nur einen ganz kleinen Teil“ aus. Viel wichtiger sei es, vernünftige Emissionsgrenzwerte festzulegen und damit letztlich ein Technologieförderprogramm anzustoßen. „Wie die Autoindustrie schließlich zu einer Emissionsbegrenzung kommt, sollte uns als Politikern völlig egal sein“, meinte Ellerbrock. Eine Fokussierung auf den Begriff Dieselfuhrpartikelfilter nach dem Vorbild der grünen Fraktion bereite ihm hingegen „erhebliche Bauchschmerzen“. Es sei deutlich geworden, dass der Antrag der Grünen „inhaltlich überholt und damit obsolet“ ist. Die FDP werde ihm daher nicht zustimmen.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) bezog Position: „Die Landesregierung unterstützt die Bemühungen für ein Gesetz zur Steuerförderung von partikelreduzierten Diesel-Pkw.“ Deshalb lehne NRW den Vorschlag der Bundesregierung auch nicht pauschal ab. Es bestehe jedoch Nachbesserungsbedarf. Uhlenberg: „Eine Steuerförderung muss nicht nur aus umweltpolitischen Gründen befriedigend ausgestaltet sein, sondern sie muss auch finanzierbar, sozial vertretbar und nachhaltig sein.“

Stark mit Feinstaub belastet – die Corneliusstraße in Düsseldorf, deren Anwohner pro Tag bis zu 47.000 Fahrzeuge zu verkräften haben. Hier wird versucht, mit Verkehrsbeschränkungen für Lastwagen die Schadstoffmenge zu vermindern und unter dem EU-Richtwert zu bleiben



Bis zu den Knien in der Arbeit – für die neue Eingangstür war eine Menge Stemmarbeit erforderlich

Bürgerfreundlicher und sicherer Umbaumaßnahmen rechtzeitig abgeschlossen

„Punktlandung“, freut sich Anita Dresek. Zufrieden blickt die Leiterin des Gebäudemanagements des Landtags auf die letzten Handwerker im Eingangsbereich des Parlamentsgebäudes. Und tatsächlich packen die – pünktlich zum Tag der offenen Tür – ihre Sachen. Nach zwei Monaten sind die Sanierungsarbeiten am Eingang und in der Bürgerhalle abgeschlossen.

Insgesamt sieben Wochen war die Bürgerhalle komplett gesperrt, konnten Parlamentarier, Besucher und Mitarbeiter das Gebäude nur auf verschlungenen Wegen betreten. 150 Handwerker werkten am Ende fast rund um die Uhr, allein im Eingangsbereich wurden 15 Kilometer Kabel verlegt, für die neue Sprinkleranlage hat man tausend Meter Wasserleitung in der Hallendecke verbaut, 187 Kernbohrungen vorgenommen.

„Endlich müssen wir keine Eimer mehr aufstellen“, berichtet die Bauexpertin rückblickend. Bei der 1,2 Millionen teuren Maßnahme handelt es sich nämlich ganz und gar nicht um eine bloße Schönheitsreparatur. Bereits seit drei Jahren leckt die in der Bürgerhalle vorgeschriebene Sprinkleranlage. „Die neuen Leitungen liegen jetzt offen unter der Deckenverkleidung. So werden auch eventuelle Reparaturen einfacher“, sagt Anita Dresek.

Auch das Beleuchtungssystem wurde bei der Gelegenheit erneuert. Statt teurer Speziallampen gibt es nun ganz normale Standardröhren. Die sind übrigens nicht nur billiger, sondern leuchten auch kräftiger als die alten. So wirkt der Eingangsbereich insgesamt freundlicher.

Für 600.000 Euro bekam das Parlament zudem eine moderne Drehtür und einen komplett neuen Empfang. Der Eingang für Besuchergruppen wurde deutlich vergrößert. Immer mehr Menschen aus NRW wollen ihr Parlament besuchen, in der Vergangenheit bildete sich vor der obligatorischen Sicherheitschleuse oftmals eine lange Schlange. Nun können größere Gruppen gleichzeitig den Landtag betreten, müssen mit den Mitarbeitern am Empfang nicht mehr durch dicke Glasscheiben reden. „Man fühlt sich nicht mehr wie an der Grenze“, schmuzzelt ein regelmäßiger Besucher. Trotz aller (neuen) Offenheit: Die Sicherheitsvorschriften werden eingehalten.

„Ein diesmal richtig anstrengendes Sommerloch für das Team“, bilanziert die Referatsleiterin Gebäudemanagement. 1.500 zusätzliche Stunden sind da locker zusammen gekommen, wie sie ausgerechnet hat. Das ist etwa so viel wie beim Besuch der englischen Königin vor knapp zwei Jahren. Aber: „Für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes machen wir das fast noch ein bisschen lieber als für die Queen.“ vok

„Durchatmen und weiter geht's“

Im Landtag ist die Geburtstagsfeier für NRW noch nicht zu Ende

Die letzten Kartons zum Tag der offenen Tür sind noch nicht weggeräumt, da blicken Werner Sesterhenn und sein Team bereits wieder nach vorn. 60 Jahre NRW – das Jubiläum im August (Landesgründung) und im Oktober (erste Landtagssitzung) wird im Parlament mit Veranstaltungen begangen, die sich über das ganze Jahr verteilen: Hochbetrieb für Leute im Referat Veranstaltungsmanagement.

Beteiligt sind aber alle Referate im Haus“, stellt Werner Sesterhenn richtig. Er leitet das vierköpfige Kernteam und sieht seine Aufgabe in Koordination und Moderation. Begonnen hat der Veranstaltungsmarathon mit dem ersten der von Landtagspräsidentin Regina van Dinkerhoop initiierten Regionalabende: Ostwestfalen-Lippe stellte sich vor. Es folgten Sauer- und Siegerland, die Region Aachen und Eifel sowie das Ruhrgebiet. Das Münsterland ist am 13. September dran. Bald kommen Niederrhein (15. November), Köln/Bonn nebst Siebengebirge am 6. Dezember an die Reihe. Anfang Januar 2007 beschließt das Bergische Land die Vorstellung.

Dr. Wolfgang Gärtner, Landtagsarchivar, erläutert die Geschichte des Landes in Vorträgen.

Ende August heißt das Thema „Die Schlacht im falschen Saale und dreißig Jahre Schweden – Über die konstruktiven Misstrauensvoten von 1956 und 1966“. Am 14. September steht „Der Kraftakt – die kommunale Neugliederung der sechziger und siebziger Jahre“ auf dem Programm. Am 28. September schließlich zeichnet Gärtner den Weg „Vom nebenberuflichen Abgeordneten zum Berufsparlamentarier“ nach.

Höhepunkte des Geburtstagsprogramms sind auch die Ausstellung zum Gedenken an Dietrich Bonhoeffer (19. September bis 6. Oktober) und die des Landesarchivs NRW zur Geschichte des Landes mit wissenschaftlichem Begleitprogramm (26. Oktober bis 10. November). Darüber hinaus hat der Landtag das Buch



Die Röhre der neuen Sprinkleranlage sollen deutlich länger sein als die alten, die undicht geworden sind

„Das Land und seine Abgeordneten“ erneuert, eine Videodokumentation erstellt und den Landtagsfilm mit Szenen aus den letzten zehn Jahren ergänzt.

Der offizielle Festakt mit Vertretern des englischen Königshauses, des Bundes und der Länder ist für den 25. Oktober in der Tonhalle geplant. Sesterhenn: „Arbeit genug.“ Zumal auch die ganz „alltäglichen“ Veranstaltungen weiter gehen. So ist die Landesfeuerwehr zu Gast. Auf der Fensterbank stapeln sich schon wieder die Anfragen bildender Künstler, die im Parlament ausstellen möchten. Der Landtag ist halt einer der beliebtesten Veranstaltungsorte im Land – eben ein echtes Bürgerparlament. vok

Zeichen für lebendige Demokratie

Rekordbesuch: 62.000 Bürger beim Tag der offenen Tür

„Ist ja schon beeindruckend.“ Seit seiner Geburt lebt Andreas Peterwerth in Düsseldorf. Den Landtag kannte er bisher nur von außen. Hatte sich halt nie ergeben. Anneliese Meyer zu Alvenschildesche aus dem fernen Emsdetten hingegen fühlt sich im Parlament am Rhein schon fast zu Hause. Sozusagen zwischen zwei Auftritten führte sie ihre Singschwestern vom Mädchen- und Frauenchor durch Plenarsaal, Wandelhalle und Fraktionen: „Wir haben schon den Ministerpräsidenten getroffen und ein paar Worte mit Landtagspräsidentin Regina van Dinther wechseln können“, zeigte sich auch die Chorsängerin zufrieden und zugleich erstaunt, „wie einfach es war, mit prominenten Politikern ins Gespräch zu kommen.“ Zwei Impressionen von über 62.000. So viele Bürger fanden nämlich am Samstag und Sonntag den Weg in „ihr“ Parlament. NRW feierte 60 Jahre Land und Landtag, und die Volksvertretung lud ihre Bürger ein zum Tag der offenen Tür.

Bereits am Samstag machten mehr als 24.000 Menschen einen Abstecher von der Bürgermeile zum Landtagsgebäude, sonntags war zwischen Plenarsaal, Sitzungsräumen und Bürgerhalle dann kaum mehr ein Bein an den Boden zu bekommen. „Ich denke, dass wir den Menschen zeigen konnten, dass wir ein modernes und bürgerfreundliches Parlament haben“, war die Gastgeberin, Landtagspräsidentin Regina van Dinther, nach zwei Tagen „voller interessanter Gespräche“ zufrieden. Ihr persönliches Highlight? „Mit dem Ruhrgebietsdichter Peter Erik Hillenbach Geschichten vorlesen. Das war wie eine Zeitreise in die eigene Kindheit.“

Nicht die einzige Reise in die eigene Vergangenheit. So hatten zahlreiche Besucher ganz unterschiedliche Erinnerungsstücke im Gepäck – alte Grußkarten, Landtagsaufkleber aus den 70-er Jahren, oder auch nur Geschichten über die ersten Jahrzehnte des Bindestrich-Landes. „Als der Landtag noch im Ständehaus tagte...“ Für andere erfüllten sich auch lang gehegte Wünsche: „Ein Niedersachsen auf dem Stuhl der Präsidentin“, genoss Elmar Koetz die ungewöhnliche Perspektive über das Rund, in dem sonst um Gesetze gerungen und über die bessere Politik gestritten wird. Währenddessen legten die Mädels der Kreismusikschule Warendorf mitten in der Bürgerhalle eine kleine Verschnaufpause ein. „Hier ist viel mehr los als bei unserem Auftritt in der Rhein-Oper-Mobil“, meinte Svenja Spannuth und blickte ein wenig neidisch auf die Bühne, auf der gerade das Bonner Saxophon-Ensemble die Menschen zum Swingen brachte.

„Es war wohl die Verbindung aus Information und Unterhaltung. Und natürlich hat auch das Wetter zumindest hier in Düsseldorf mitgespielt.“ Landtagsdirektor Peter Jeromin zollte am Ende aber vor allem den Mitarbeitern Respekt. Teilweise über ein Jahr hatten sie das Großereignis geplant. „So viele Menschen auf einmal waren noch nie hier. Toll gelaufen.“ Auch oder gerade weil es die Feuertaufe für den neuen Eingangsbereich und die renovierte Bürgerhalle war.

Ein ununterbrochenes Kommen und Gehen in den Wandelhallen und auf den Treppen

Fotos: Meyer



Viele junge Gäste informierten sich im Landtag



Das sieht man nicht alle Tage – die Unterschrift der englischen Queen im Gästebuch des Landtags. Landtagsmitarbeiterin Melanie Brenzke (L.) gab gerne Auskunft

Dort ließen die einzelnen Fachreferate die Besucher einmal hinter die Kulissen der Arbeit im Landtag blicken: vom Schauschreiben der Stenografen über die technischen Feinheiten der Rohrpost bis hin zur Frage, wie man denn im Parlament einen Raum buchen kann. Der absolute Renner: Individuell gestaltete Einkaufstaschen und Taschen mit Landtagsemblem. Abgegeben gegen eine kleine Spende für das Kinderhilfswerk Unicef. Auch wenn die Scheine und Münzen noch nicht ausgezählt sind, lässt sich schon feststellen: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben am Landesgeburtstag die Spendierhosen angehabt. Dafür ein herzliches Dankeschön!

Überaus bunt ging es auch bei den Fraktionen zu: So fand man sich im Büro des CDU-Fraktionsvorsitzenden Helmut Stahl auf einmal mitten im Wald wieder. Der bekennende Hobby-Ornithologe hatte seinen Schreibtisch zu Gunsten einer grünen Oase zumindest vorübergehend geräumt. Oppositionsführerin Hannelore Kraft stellte sich den Bürgern im Rahmen der SPD-Zeitreise inmitten von 99 Luftballons. Und während im Fraktionssaal der Grünen Kasperle zwei Tage den Müllsünder jagte und Politiker wie Gäste mal ordentlich den Lukas hauen konnten, stand bei der FPD alles im Zeichen des

Sports. Von Handball-Weltmeister Volker Zerbe über Franz Fritzmeier von den Krefeld Pinguins bis hin zu Reinhard Saftig gaben sich beim Talk Promis Klinke und Mikrofon in die Hand.

Eine besonders schöne Aufgabe hatte Olaf Thon: Auf der großen Bühne nahm er 5.600 Euro für die Aktion „Respect“ entgegen – den Erlös aus einer Versteigerung handsignierter Bälle. „Respect“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, über den Fußball Toleranz und Achtung für Menschen anderer Religion, Hautfarbe oder Geschlecht zu fördern. Eine wichtige Aufgabe – besonders in einem so spannenden Land wie NRW. Wie viele Facetten unser Land hat, machten insbesondere auch die Akteure in Plenarsaal, Sitzungsräumen und auf der zentralen Bühne in der Bürgerhalle deutlich: Von der Lesung der Landesverfassung über Märchen, Klezmer-Musik bis hin zu Magie und interessanten Gesprächsrunden reichte das Spektrum.

Ein Beispiel für viele: „Die Nachbarskinder“ aus dem westfälischen Ennepetal sind ein Chor, bestehend aus Kindern und Jugendlichen aus Asylbewerberfamilien. „Und eben auch ein Teil von NRW“, darum hatte sich die Truppe um Daniel Igwe besonders über die Einladung gefreut. Auch wenn sie mit ein wenig Sorgen an den Rhein gereist waren. „Wir würden gern re-

gelmäßiger proben. Brauchen aber dazu die Hilfe der Stadt“, berichteten die jungen Leute der Moderatorin Dorothea Dietsch. Die entdeckte Ennepetals stellvertretenden Bürgermeister im Publikum und sorgte für einen kurzen Draht. So einfach kann manchmal Politik sein – wenn man nur miteinander redet.

Das taten Politiker wie Bürger am Wochenende ausgiebig. „In deutlich entspannterer Atmosphäre als noch vor einem Jahr im Wahlkampf“, genoss auch Monika Düker (GRÜNE) das Fest sichtlich. „Wenn sie ein Anliegen haben, werden wir aber voll in Haftung genommen. Egal ob nun Landes-, Bundes- oder Kommunalpolitik zuständig ist“, erfuhr nicht nur der CDU-Abgeordnete Hubert Kleff. „Besonders Schule und Bildung lagen den Menschen am Herzen“, resümierte Christian Lindner (FDP). Eine Erfahrung, die auch Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) machte, der ansonsten begeistert war, „wie viele bekannte Gesichter aus dem Wahlkreis den weiten Weg gemacht haben.“

Ein Zeichen für lebendige Demokratie. Wie lebendig, das konnte man besonders gut an insgesamt 15 Projekten ablesen, die im Plenarsaal im Rahmen der Aktion „Demokratie leben“ ausgezeichnet wurden. 1.300 Schüler waren dem Aufruf der Landeszentrale für politische Bildung gefolgt und hatten 90 ganz unterschiedliche Initiativen auf die Beine gestellt, sich mit Rassismus, Zwangsarbeit aber auch mit Demokratie in Vereinen, bei der Schulhofgestaltung oder mit dem Zusammenleben von Jung und Alt beschäftigt.

„Eine tolle Sache“, fanden am Ende ihres Rundganges auch die Sangeschwestern von Anneliese Meyer zu Altenschildesche sowie Landtagsdebütant Andreas Peterwerth. Der Düsseldorfer hat sich übrigens fest vorgenommen, jetzt mal öfter „im Parlament um die Ecke“ vorbeizuschauen – nicht nur zum Tag der offenen Tür. Willkommen ist er in jedem Fall. Wie fast hunderttausend andere Besucherinnen und Besucher des Landtags Jahr für Jahr auch.

vok



Schminken für die Kleinen – mit Geduld, Farbe und Kosmetikpinsel ging Nicole Esser (L.) gekonnt zu Werk

Freiheit oder Fremdbestimmung?

Experten äußern sich zum Hochschulfreiheitsgesetz

Was bedeutet „Freiheit der Forschung“? Werden Geldsorgen in Zukunft die Wissenschaft regieren? Werden Professoren durch Externe in den Hochschulräten künftig fremdbestimmt? Diese Fragen beschäftigten den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, der einen ganzen Tag lang Experten in einer öffentlichen Anhörung zu Wort kommen ließ. Der Vorsitzende Dr. Michael Vesper (GRÜNE) freute sich über einen gut gefüllten Plenarsaal: „Das hat man selten“. (Siehe auch Bericht auf Seite 4).

Das Gesetz, das den 26 öffentlichen Hoch- und Fachhochschulen in NRW mehr Selbstständigkeit gibt, soll am 25. Oktober im Landtag verabschiedet werden und zum 1. Januar 2007 in Kraft treten. Es sieht vor, die Universitäten und Fachhochschulen in Personal-, Finanz- und Verwaltungsangelegenheiten künftig eigenverantwortlich entscheiden zu lassen. Außerdem sollen sie Unternehmen gründen und sich an Firmen mit Wissenschaftsbezug beteiligen dürfen.

Diese Pläne von NRW-Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) wurden von Professor Dr. Margret Wintermantel, der Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, als großer Schritt zum Wohl des Hochschulsystems begrüßt. Probleme hatte sie mit dem Gewicht der zu bildenden Hochschulräte. Statt des Wissenschaftsministeriums kann nämlich ab Januar der jeweilige Hochschulrat Personalentscheidungen treffen - auch gegen den Senat. Wintermantel kritisierte außerdem, dass immer noch zu viele Details im Gesetz festgelegt würden.

Professor Dr. Volker Ronge (Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz LRK) war auf der Suche nach finanzieller Sicherheit: „Die Befreiung

der Hochschulen vom Staat passiert ja aus Not der Staatsfinanzen. Wir müssen darauf achten, dass daraus nicht eine Freiheit in Not für die Hochschulen wird.“ Unterstützt wurde er von Hans Stender, dem Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Kanzler der Fachhochschulen: „Wir befürchten nicht kalkulierbare Risiken. Die Umsetzung des Gesetzes in den nächsten zwei Jahren birgt noch Überraschungen.“ Auch Professor Dr. Joachim Metzner sagte, man sei auf der Suche nach zusätzlichen Sicherheiten. Als Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen lobte er ansonsten das Gesetz als „längst überfällige politische Entscheidung“.

Da die Hochschulräte zur Hälfte aus so genannten „Externen“ bestehen sollen (Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, Ehrenbürger oder ehemalige Studierende), man aber noch keine Erfahrung mit einem solchen Gremium hat, schlug der Sprecher der Kanzlerkonferenz der Universitäten, Gerhard Möller, vor: „Wir sollten in vier bis fünf Jahren eine Auswertung der Erfahrungen vornehmen.“

Professor Dr. Christian Hillgruber (Deutscher Hochschulverband) machte einen Vorschlag, die Machtbefugnisse der neu konstruier-

ten Hochschulräte einzuschränken: „Der Senat sollte die Möglichkeit der Abwahl durch ein Misstrauensvotum bekommen“, schlug er vor. Als falsch bezeichnete er das Diplomverbot.

Klaus Böhme vom Hauptpersonalrat Verwaltung des Wissenschaftsministeriums forderte, die Beschäftigten müssten Bedienstete des Landes bleiben. Unterstützung bekam er vom Deutschen Gewerkschaftsbund NRW: „Die Dienstherreneigenschaft der Hochschulen wird zur Ungleichbehandlung führen“, warnte Norbert Wichmann.

Abgelehnt wird das Gesetz von den Landes-ASTen. Daniel Houben vom ASTa Aachen erklärte, Hochschulen hätten eine andere Aufgabe als Unternehmen, hier werde Freiheit mit Fremdbestimmung verwechselt. Er wiederholte die Forderung nach gebührenfreiem Studienzugang sowie Sicherheit für die Lehrenden.

Die Landesbeauftragte für Datenschutz, Bettina Sokol, wies auf die Möglichkeit hin, ehemalige Studierende in der Grundordnung zu Angehörigen der Hochschule zu bestimmen - und sie damit in Dateien zu führen. Dabei könne das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gefährdet sein. Sokol: „Ehemalige müssen selbst entscheiden können, ob sie in Kontakt zur Hochschule bleiben wollen oder nicht.“

Mittelfristig ist geplant, den Hochschulen auch die Verantwortung für das komplette Liegenschaftsmanagement zu übertragen. Yorck Hener vom Centrum für Hochschulentwicklung aus Gütersloh war der Meinung, man sollte diesen Bereich schneller übertragen.

Guido Arens vom Deutschen Beamtenbund forderte, die Beschäftigten sollten frei entscheiden, ob sie Landesbedienstete bleiben oder Bedienstete der Hochschule werden wollten. Auch den Zeitpunkt der Umsetzung des Gesetzes wollte er verschieben: „Das ist alles zu kurzfristig.“

DD

Antrittsbesuch im Hauptausschuss

Karsten Beneke (47, l.) ist vor kurzem von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers zum Staatssekretär ernannt und zum Chef der Staatskanzlei berufen worden. Jetzt hat er sich in Begleitung von Minister Michael Breuer (r.) den Abgeordneten und dem Ausschussvorsitzenden Werner Jostmeier (CDU, M.) vorgestellt. Zuvor war Beneke Bevollmächtigter des Landes NRW beim Bund

Foto: Meyer



RAG-Chef hält Börsengang für alternativlos

Thoben: „Land darf nicht auf Folgekosten des Bergbaus sitzen bleiben“

Sein Besuch im Landtag wurde mit Spannung erwartet: Betont ruhig und nüchtern warb der Vorstandschef des Essener RAG-Konzerns, Dr. Werner Müller, bei den Abgeordneten im Wirtschaftsausschuss (Vorsitz Hans-Joachim Reck, CDU) für den von ihm geplanten Börsengang des Unternehmens. Demnach soll der so genannte „weiße Bereich“ des Mischkonzerns – Chemie (Degussa), Energie (Steag) und Immobilien – geschlossen und unter neuem Namen an die Börse gebracht werden, während der „schwarze Bereich“ des Konzerns, die in der Hand der Deutsche Steinkohle AG (DSK) befindliche Bergbauparte, in eine Stiftung ausgelagert wird. Grundsätzlich stimmt die Politik einem Börsengang der RAG zu, gleichzeitig will sie aber sicher gehen, dass am Ende nicht der Steuerzahler auf den Folgekosten des Bergbaus sitzen bleibt.

Wenn wir alles so weiter laufen lassen wie bisher, ist das die schlechteste Lösung für das Unternehmen und letztlich auch für das Land“, betonte Müller gleich zu Beginn der Sitzung. Er verwies auf den bestehenden Haftungsverband zwischen dem weißen und schwarzen Bereich. Konkret bedeute das, wenn die schwarze Seite mit den staatlichen Geldern nicht auskommt, muss die weiße ausgleichen. Das wiederum zehre den Wert des weißen Bereichs Stück für Stück auf. Allein im kommenden Jahr rechne er mit rund 300 Millionen Euro, die der weiße Bereich hierfür aufbringen muss. Daher sei die RAG in seiner jetzigen Form nicht zukunftsfähig, so Müller. „Daran sollten wir im allseitigen Interesse etwas ändern.“ Man dürfe jedoch zwei Maxime nicht aus den Augen verlieren: „Erstens, die Haftungsmasse für den Bergbau darf nicht geschmälert werden und zweitens, für die öffentliche Hand dürfen durch die Änderungen keine zusätzlichen Risiken entstehen.“

Den geplanten Börsengang bezeichnete Müller als „alternativlos“: „Andernfalls müsste die weiße Seite irgendwann einmal aufgelöst werden, entweder als Subventionsersatz, oder, wenn der Bergbau geschlossen werden sollte, für die dann anfallenden Folgekosten des Bergbaus.“ Und sollte das dann nicht ausreichen, müsse schließlich die öffentliche Hand für diese Kosten aufkommen.

Verhindern sollen dies der geplante Börsengang und die damit verbundene Stiftungslösung. Die Ewigkeitskosten des Steinkohlenbergbaus (Pensionszahlungen an Bergleute, Kosten für Bergschäden etc.) sollen aus den Erlösen des Börsengangs gedeckt werden. Dass diese Rechnung aufgehen könnte, hatte ein von Bund und NRW in Auftrag gegebenes Gutachten des Wirtschaftsprüfungsunternehmens KPMG jetzt bestätigt.

Müller warnte vor einer „Zerschlagung“ des lukrativen weißen Bereichs, um die Unternehmensteile Chemie, Energie und Immobilien separat zu verkaufen. Laut Einschätzung von Investmentbanken brächte dies jedoch weit mehr Geld als der Börsengang des Konglomerats. Mehrfach rief Müller in Erinnerung, dass trotz hoher Investitionszahlungen nicht der Staat Eigentümer der RAG sei, sondern die



Mehr als zwei Stunden warb Konzernchef Müller (l.) im Landtag für den Börsengang der RAG. Neben ihm der Ausschussvorsitzende Hans-Joachim Reck (CDU), der voraussichtlich seine letzte Sitzung im Landtag geleitet hat. Tags zuvor hatte er erklärt, sein Mandat aus beruflichen Gründen Anfang September niederlegen zu wollen

Foto: Meyer

Unternehmen Eon, RWE und Thyssen-Krupp. „Sollte der Einzelverkauf tatsächlich einen größeren Gewinn bringen, wären die Eigner sicher nicht mehr bereit, ihre Anteile für einen symbolischen Preis von einem Euro abzugeben“, so Müller.

Einen Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau halte er persönlich für falsch. „Wenn es typisch deutsch läuft, das heißt ein bisschen doof, dann schließen wir die letzte Zeche genau dann, wenn der Kohlepreis ganz oben ist“, stichelte Müller. Eine Entscheidung in dieser Frage sei jedoch letztendlich der Politik vorbehalten.

Die Koalitionsfraktionen hingegen bekräftigten ihre Forderung nach einem Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau. Bei der Debatte über den Börsengang dürfe nicht die Frage nach dem Auslauf des Bergbaus ausgeklammert werden, meinte Christian Weisbrich (CDU). Auch FDP-Fraktionschef Dr. Gerhard

Papke machte die Festschreibung eines Auslauf-Bergbaus zur Bedingung, um den Börsenplänen der RAG seine Zustimmung zu erteilen.

Reiner Priggen (GRÜNE) äußerte „große Zweifel“ hinsichtlich der Haftungsverpflichtung für das von Müller geplante Stiftungsmodell. Alternativ schlug er die Gründung einer beim Bund angesiedelten öffentlich-rechtlichen Stiftung vor, die nur dem Zweck der sozialverträglichen Abwicklung des Bergbaus dienen solle.

„Unterstützt die Landesregierung den geplanten Börsengang der RAG“, wollte Dr. Axel Horstmann (SPD) wissen. Das bisherige Verhalten der Landesregierung lasse ihn daran zweifeln. Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) erwiderte, dass sie den Börsengang nicht in Frage stelle: „Ich stelle allerdings Fragen zum Börsengang, und das ist auch meine verdammte Pflicht!“ Noch im Herbst will das Land über die Zukunft der RAG entscheiden.

ax

Jüdisches Kulturgut in fremder Hand

Appell an die Gemeinden: Suche und Rückgabe vorantreiben!

Alle von den Nazis unrechtmäßig beschlagnahmten jüdischen Kunstwerke endgültig aufzufinden und sie den Geschädigten zurückzugeben, haben sich Bund, Länder und Kommunen zum Ziel gesetzt. Dies wurde 1999 in einer gemeinsam unterzeichneten Erklärung festgeschrieben. NRW-Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Große-Brockhoff informierte den Kulturausschuss (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) über den Sachstand der Nachforschungen.

Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg habe die Bundesrepublik bereits alle konkreten Forderungen erfüllt, die auf der Grundlage der Rückerstattungs- und Entschädigungsgesetze als berechtigt gelten konnten. So heißt es in der Erklärung von Bund und Ländern. In der DDR hätten sich die Wiedergutmachungen zwar nicht über das Anfangsstadium hinaus entwickelt. Dies sei jedoch nach der Wiedervereinigung korrigiert worden.

1998 habe die Washingtoner Konferenz die Frage nach der Restitution von jüdischem Kulturgut erneut in den Fokus der Weltöffentlichkeit gerückt. Daraufhin signalisierte die Bundesregierung ihre Bereitschaft, künftig auch ohne konkrete Forderungen von Geschädigten nach weiteren widerrechtlich entzogenen Objekten zu suchen, die Eigentümer festzustellen und gerechte Lösungen für die Rückgabe zu finden. Museen, Bibliotheken und Archive sind deswegen gehalten, ihre Informationen offen zu legen und die Bestände zu durchforsten.

„Bund und Länder haben eine gemeinsam finanzierte Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg eingerichtet, die bei allen Schritten des Rückgabeprozesses Hilfestellung

gibt“, erklärte Große-Brockhoff dem Ausschuss. Die Koordinierungsstelle unterhalte die Internet-Datenbank www.lostart.de. Dort würden die Ergebnisse der Recherchen in einzelnen Einrichtungen sowie Such- und Fundmeldungen zu im Krieg verschollenen Gegenständen zentral zusammengefasst. Das ermögliche die weltweite Recherche. Bei Differenzen zwischen den Trägern von Sammlungen in Museen, Bibliotheken oder Archiven und den ehemaligen Eigentümern kann die Kommission außerdem als Vermittler hinzugezogen werden.

„Nordrhein-Westfalen hat eine umfassende Recherche angestellt. Der Koordinierungsstelle wurden 59 Werke gemeldet, die nach Beschluss des Allgemeinen Organisationsausschusses in den Jahren 1951 und 1952 dem Finanzministerium zur Verwahrung übergeben wurden, da sie aus dem NSDAP-Vermögen stammen“, so der Kulturstaatssekretär. Damit hätten alle Einrichtungen auf Landesebene ihre gesetzlichen Pflichten erfüllt. Zur Restitution sei es bislang aber noch nicht gekommen.

Ein weitaus größerer Teil der noch nicht zurückgegebenen Güter wird in kommunalem Besitz vermutet. „Die öffentliche Debatte zu

diesem Thema ist teilweise sehr misslich verlaufen“, bedauerte Ausschussvorsitzender Behrens. „Es bestehen Zweifel daran, dass wirklich alles getan wird, um die Güter noch zu Lebzeiten der geschädigten Generation zu identifizieren.“ Die Nachforschungen verliefen teilweise schleppend, da in den Stadtverwaltungen und Museen das Personal knapp sei. Behrens wünschte sich mehr Druck von Seiten der Landesregierung.

„Die Kultur liegt in der Zuständigkeit der Kommunen“, entgegnete Große-Brockhoff. Diese hätten sich durch die Erklärung zur Aufindung und Rückgabe verpflichtet. „Das Land unterstützt die Kommunen durch die Initiierung und finanzielle Unterstützung von Kongressen, wie den Museumsleitertagungen in 2004 und 2005. Wenn noch mehr Hilfe nötig ist, werden wir das mit den Gemeinden besprechen. Mehr ist nicht vorgesehen.“ Die Landesregierung wolle bewusst nicht als Aufsichtsbehörde auftreten und könne daher nur appellieren. Konkrete Angaben zu erfolgten Restititionen aus nordrhein-westfälischen Einrichtungen seien nicht möglich, da die Verhandlungen erstens vertraulich geführt würden und zweitens wegen der vorwiegend kommunalen Trägerschaft ein Überblick für die Landesregierung nicht gegeben sei, erläuterte der Staatssekretär weiter. Bekannt seien jedoch Rückgaben von Werken aus dem Wallraf-Richartz-Museum in Köln, dem Wilhelm-Lehmbruck-Museum in Duisburg und dem Rheinischen Landesmuseum Bonn.

Alle Fraktionen waren sich einig, das Thema nicht zur politischen Auseinandersetzung zu nutzen. Der Prozess soll über die Parteigrenzen hinweg gemeinsam begleitet werden. YV

Die „Endlösung der Judenfrage“

– in der Berliner Villa am Großen Wannsee wurde sie von den Spitzen des Nazistaates verabredet. Heute ist das Haus der so genannten Wannsee-Konferenz eine Gedenk- und Bildungsstätte. Bei ihrem Berlin-Besuch machte die Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe hier Station. Auf dem Bild (v.l.n.r.): Dr. Karsten Rudolph (SPD), Harald Giebels (CDU), Norbert Killewald (SPD), Michael Solf (CDU), Edgar Moron (SPD), Vorsitzender der Parlamentariergruppe, Rainer Bischoff (SPD), Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Dr. Norbert Kampe, Leiter der Bildungsstätte, Horst Ellinghaus, Reimund Billmann (beide CDU) und Thomas Trampe-Brinkmann (SPD)



Stromerzeuger plädiert auf Freispruch

Abgeordnete fordern zügigere Sanierung der Masten in NRW

Fast 200.000 Menschen waren betroffen, als im Winter 2005 durch heftige Schneefälle im Münsterland Dutzende Strommasten unter der Last von Eis und Schnee wie Streichhölzer umknickten und in weiten Teilen die Stromversorgung zusammenbrach. Wie konnte es dazu kommen? Glaubt man dem Betreiber der Strommasten, dem Stromkonzern RWE, war das extreme Wetter schuld. Bestätigt sieht RWE dies durch mehrere Gutachten, deren Ergebnisse dem Wirtschaftsausschuss (Stellvertretender Vorsitz Dietmar Brockes, FDP) vorgestellt wurden. Kritiker behaupten jedoch, viele Masten seien veraltet oder schlecht gewartet und hätten daher den Belastungen nicht standgehalten. Die Abgeordneten nutzten in der Sitzung die Gelegenheit, bei RWE nachzuhaken.

War Thomasstahl die Hauptursache für das „Stromchaos“ im Münsterland? Hätten moderne Strommasten den Belastungen durch Eis und Schnee getrotzt? „Ganz klar Nein“, waren sich die Vertreter von RWE sicher. Sowohl ein eigens in Auftrag gegebenes Gutachten sowie ein Gutachten der Bundesnetzagentur werteten sie als „Freispruch“. Dr. Werner Roos, Vorstandsmitglied bei RWE Energy, wörtlich: „Beide Gutachten kommen zu der Überzeugung, dass Korrosion keine Ursache für die Ereignisse im Münsterland gewesen ist. Es gab ebenfalls keine Hinweise auf mangelhafte Instandhaltung.“ Und weiter: „Schadensauslöser war nach beiden Gutachten die extreme Wittersituation.“ Trotzdem habe RWE aus den Ereignissen gelernt: So werde man das 2001 gestartete Sanierungsprogramm für Strommasten aus Thomasstahl fortführen. Frühere Untersuchungen hätten bereits gezeigt, dass ein „latentes Problem mit Thomasstahl gegeben ist“.

Betroffen von der Sanierung sind 28.000 der insgesamt 44.000 RWE-Strommasten, die vor Ende der 60-er Jahre gebaut worden sind. RWE geht davon aus, dass sich die Sanierung aller Masten bis zum Jahre 2015 hinziehen wird.

Ein zu üppiger Zeitplan, fanden die Abgeordneten von CDU, FDP und GRÜNE. Hanelore Brüning (CDU) forderte, die Erneuerung der Masten zu beschleunigen. Darüber hinaus sehe sie sehr wohl einen Unterschied zwischen dem RWE-Gutachten und dem der Bundesnetzagentur, „die ganz eindeutig sagt, dass der auslösende Faktor ein brüchiger Mast aus Thomasstahl war“. Auch das von RWE vorgebrachte Argument, bei dem Schneechaos im Münsterland handele es sich um eine „Jahrhundertereignis“, wollte Brüning als Erklärung nicht gelten lassen.

Unzufriedenheit auch bei Reiner Priggen (GRÜNE): Ein halbes Jahr nach den Vorfällen im Münsterland „sind die Kritik an der Intransparenz der Öffentlichkeitsarbeit Ihres Unternehmens und die Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit für mich überhaupt nicht ausgeräumt“, sagte der Abgeordnete. Die Deutung

des Gutachtens der Bundesnetzagentur durch RWE nannte er eine „etwas beschönigende Zusammenfassung“. Er habe den Eindruck, RWE konzentriere sich eher auf seine Beteiligungspläne an dem niederländischen Energiekonzern Nuon, „statt die Masten mit Nachdruck zu sanieren“. Er habe gehofft, etwas über die Konsequenzen zu hören, die RWE aus den Ereignissen ziehe. „Alles, was wir dazu gehört haben: Es geht weiter wie bisher!“

Rechtfertigungsversuche von RWE: Die Sanierung von 28.000 Masten könne nicht von heute auf morgen geschehen. „Wir können nur Zug um Zug vorgehen, weil wir gleichzeitig Versorgungssicherheit gewährleisten müssen“, so Roos. Schließlich könne man auch nicht alle Autobahnen in Nord-Süd-Richtung sperren, um die Fahrbahndecke zu erneuern.

„HYPOTHESE“

Die Behauptung, der verwendete Thomasstahl sei ursächlich für die Mastumbrüche, bezeichnete er zudem als „eine Hypothese, die nicht haltbar ist“. Ursächlich seien eindeutig die wetterbedingten, „extrem über der Norm liegenden Belastungsverhältnisse“ gewesen, die auch einen neuen Mast zum Einstürzen gebracht hätten.

Rückendeckung erhielt Roos von Uwe Leuchtenberg (SPD): Er attestierte der RWE, korrekt gehandelt zu haben. Beide Gutachten hätten deutlich gemacht, dass sich die Unfälle auch dann ereignet hätten, wenn besagte Masten aus Thomasstahl vorab bereits saniert worden wären.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) kündigte an, sich einen Überblick über die Thomasstahl-Situation in NRW verschaffen zu wollen. Dazu werde sie den Verband der Elektrizitätswirtschaft um Mithilfe bitten. Es gehe um die Frage, welche Stromkonzerne Thomasstahl in ihren Masten verbaut haben und wie ein Sanierungsplan aussehen könnte. Sollte dies keinen Erfolg haben, wolle sie einzeln auf die Unternehmen zugehen. ax

Thomasstahl

Im 19. Jahrhundert entwickeltes Verfahren der Stahlherstellung, bei dem Luft in flüssiges Roheisen geblasen wird. Vorteil: Auch Erze mit hohem Phosphorgehalt konnten fortan zu Stahl verarbeitet werden. Nachteil: Thomasstahl hat einen höheren Stickstoffanteil. Dies kann dazu führen, dass der Stahl im Laufe der Jahre spröde wird und seine Festigkeit verliert.

Foto: Schälte

Zwischen Strafe und Resozialisierung

Rechtsausschuss diskutiert mit Experten neue Strukturen im Vollzug

Einmal Knacki – immer Knacki, das soll nicht sein. Ganz besonders junge Menschen müssen – so das Ziel – durch Resozialisierungsangebote im Strafvollzug eine neue, eine bessere Chance nach ihrer Entlassung bekommen. In der Praxis hat jetzt der Bundesgerichtshof (BGH) Handlungsbedarf für den Gesetzgeber ausgemacht. Ein Urteil, das im Landtag NRW mitten in eine bereits laufende Debatte über ein Konzept fällt, das die Landesregierung bereits Ende letzten Jahres erarbeitet hat. Der Rechtsausschuss (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) hat mit Fachleuten über Lösungsansätze diskutiert. Grundlage waren dabei auch ein Gemeinschaftsantrag von CDU und FDP (Drs. 14/469) sowie zwei Papiere der SPD-Fraktion (Drs. 14/541 und 14/1117).

Schon heute, so vorweg die Vertreter des Ministeriums, entsprechen die Regelungen in NRW weitgehend den Anforderungen des BGH. Weitere Verbesserungen gerade für junge Erwachsene (21 bis 26 Jahre) erhofft man sich seitens der Landesregierung durch ein dreistufiges Modell: Die JVA Hagen soll als zentrale „Einweisungsanstalt“ insbesondere Straftäter mit ungünstiger Sozialprognose auf neu geschaffene „Jungtäterabteilungen“ verteilen. Insgesamt 130 Plätze sollen dafür in Aachen, Geldern, Gelsenkirchen und Schwerte bereitgestellt werden.

Dort können die Gefangenen Fähigkeiten für ein gemeinschaftliches und eigenverantwortliches Leben entwickeln. Ziel ist auch, ihnen berufliche, schulische und therapeutische Angebote während der Haftzeit nahe zu bringen. Die berufliche und schulische Ausbildung findet dann in den Schwerpunktanstalten Geldern, Bochum-Langendreer und Münster statt – gegebenenfalls auch im offenen Vollzug. Neben den Jungtäterabteilungen will man den Normalvollzug für junge Straftäter als Regelvollzugsform beibehalten. Allerdings sieht das

Konzept vor, dass Gefangene während der Haftzeit aus der normalen Verbüßungsanstalt in die neuen Abteilungen wechseln können.

„Organisieren Sie den Vollzug so, das Jungtäter nicht gemeinsam mit Erwachsenen inhaftiert werden. Aber auch bitte nicht mit Jugendlichen“, schrieb Rainer Karsten der Politik ins Stammbuch. Der Leiter der JVA Vechta zeigte sich ansonsten angetan davon, dass man sich mit dieser „bisher eher vernachlässigten Gruppe junger Erwachsener“ nun intensiver befasse. „Gerade hier gibt es ein hohes Veränderungspotenzial“, meinte er und wies darauf hin, dass Menschen mit Anfang 20 noch einmal eine „neue Identität“ entwickeln könnten.

Eine These, die auch Michael Metzner teilte. Der Leiter der JVA Geldern stellte die Bedeutung der beruflichen Bildung heraus. Dem Konzept der Landesregierung bescheinigte der Praktiker, „mit den vorhandenen Ressourcen pragmatisch umzugehen“. Seine Einrichtung – in Geldern werden 14 Berufsausbildungen angeboten – sei jedenfalls gut vorbereitet.

Probleme mit dem einen oder anderen Detail des Konzeptes hatte Professor Dr. Bernhard

Villmow vom Institut für Kriminalwissenschaften der Universität Hamburg. Er vermisste ein begleitendes Konzept zur Haftentlassung und eine Betreuung im ersten Jahr danach. Dass laut Entwurf nicht-deutsche und Täter mit einer Strafe von weniger als 24 Monaten für das Einweisungsverfahren nicht vorgesehen seien, kenne er aus anderen Ländern nicht. Offen blieben für den Wissenschaftler Fragen zur Gruppenstärke und Personalschlüssel. „Ein bunter Strauß Maßnahmen – von wirksam über unklar bis unwirksam.“ So fasste sein Kollege Professor Dr. Peter Wetzels seine Eindrücke zusammen. Vor allem die Präventionslandschaft sei von vielen Ideen, aber wenig wissenschaftlicher Evaluation gekennzeichnet, urteilte er. Dabei kritisierte der Experte deutlich die strukturelle Situation der Jugendhilfe – immerhin eine Alternative zur U-Haft.

Kritisch sahen die Experten die Verlässlichkeit vorhandener Forschungsdaten. Ein regelmäßiger Sicherheitsbericht – wie in Österreich, der Schweiz oder in Niedersachsen üblich und auf Bundesebene für den Herbst geplant – könne auch für NRW sinnvoll sein. Generell verzeichneten die Statistiker seit Anfang der 90-er Jahre einen Anstieg der Delikte. Vorwiegend jedoch bei „geringfügigen Vergehen“. Seit 1998 (Kinder), 2001 (Jugendliche) beziehungsweise 2004 (junge Erwachsene) gehe die Zahl der Taten zurück. Wobei die Mehrfachtäter (fünf bis zehn Prozent) für mehr als die Hälfte aller Vergehen verantwortlich sind. Der Rat der Experten: Nicht das Strafrecht verschärfen, sondern besser das Risiko erwischt zu werden erhöhen. Gleichzeitig gelte es, so genannte positive Schutzfaktoren wie den sozialen Rückhalt zu stärken. Hier komme auch der Schule eine besondere Bedeutung zu. vok

Auf die Not der Menschen

... die im Land dringend auf ein Spenderorgan warten, hat Landtagspräsidentin Regina van Dinker (2.v.l.) hingewiesen. Um diesen 2.600 Patienten zu helfen, warb sie in einer ungewöhnlichen Aktion zusammen mit Landtagsabgeordneten und NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (3.v.l.) für die weitere Verbreitung von Organspenderausweisen. Mit auf dem Bild sind (v.l.) Rudolf Henke (CDU), Günter Garbrecht (verdeckt, SPD), Norbert Post (CDU), Birgit Fischer (SPD), Dr. Stefan Romberg (FDP) und Rainer Schmeltzer sowie Heike Gebhard (beide SPD)

Foto: Döring



Das überdurchschnittliche Wachstum des Containerverkehrs war eines der Themen der Informationsreise. Hier: Containerladungsbrücken im Hafen von Antwerpen
Foto: Havenbedrijf Antwerpen

Lernen bei den Nachbarn

Ausschuss vor Ort in Belgien und Holland

Zu Besuch bei den beiden Seehäfen Antwerpen und Rotterdam sowie dem Flughafen Schiphol, einem der Wachstumsmotoren der Niederlande mit einer Bilanz von 120.000 direkten wie indirekten Arbeitsplätzen: Unter Leitung seines Vorsitzenden Wolfgang Röken (SPD) informierte sich der Ausschuss für Bauen und Verkehr in Belgien und in den Niederlanden. Neben zentralen Aspekten der Hafen- und Logistikpolitik standen auch Fragen zum Umbau des Bahnhofs Antwerpen und der Erweiterung der Stadt Amsterdam im IJsselmeer auf dem Themenkatalog des Besuchs.

Für das Land Nordrhein-Westfalen ist die Entwicklung der Binnenschifffahrtsströme von großer Bedeutung, tragen sie doch neben der Schiene zu einer erheblichen Entlastung der Straßen bei. Die Binnenschifffahrt stellt eine der wichtigen Formen des Zubringertransportes dar und bewältigt nahezu die Hälfte der riesigen Güterströme. Die Vorteile sind klar: die Binnenschifffahrt bietet eine zuverlässige, preisgünstige und zugleich umweltfreundliche Beförderung. So entspricht die Kapazität von vier Schubleichtern der von 385 Lastkraftwagen. Ein Ro-Ro-Binnenschiff (Roll on – Roll off) kann etwa 200 Autos zugleich befördern und eine Schubschiffeneinheit bis zu 360 TEU (twenty foot equivalent unit) Container.

Aber auch die Schiene wird als Transportweg der Zukunft gesehen. Hier geht es um die als reine Güterbahn vorgesehene Betuwe-Linie, die Anfang 2007 ihren Betrieb aufnehmen wird. Obwohl Antwerpen nach Hamburg der zweitgrößte Eisenbahnhafen Europas ist, gibt es Schwierigkeiten bei der Reaktivierung des Eisernen Rheins, der Schienendirektverbindung zwischen dem belgischen Antwerpen und dem Revier. Sobald sich die Umweltfragen geklärt haben, könnten Containerzüge kurzfristig 150.000 Lkw ersetzen und somit den Transport kosten- und umweltgünstiger abwickeln.

Auf belgischer Seite hat man schon Vorsorge getroffen: Die Eisenbahn hat vor kurzem 40 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Um der zweistelligen Zunahme des Seeverkehrs Rechnung tragen zu können, stellen sich die Häfen Antwerpen und Rotterdam mit Ausbau- und Erweiterungsplänen den Herausforderungen der Zukunft und definieren logistische Dienstleistungen neu und zukunftsorientiert.

GEPLANTER AUSBAU

In den gesamten Niederlanden sind seit 1993 Pläne für Stadterweiterungen in Form so genannter VINEX-Gebiete (VINEX = Vierde Nota Ruimtelijke Ordening Extra) ausgearbeitet worden. Diese insgesamt 73 Gebiete dienen dem Neubau von insgesamt 634.800 Wohnungen bis zum Jahr 2015, wobei etwa 30 Prozent dem sozialen Wohnungsbau zugute kommen sollen. Allein in den sieben größten Stadtgemeinden des Landes (Amsterdam, Rotterdam, Den Haag, Utrecht, Eindhoven, Arnhem/Nijmegen, Breda) sollen 295.000 Wohnungen neu geschaffen werden. Die Ausweisung, Planung und Bebauung der VINEX-Gebiete, welche in der Regel mehr als 5.000 Wohnungen umfassen, erfolgt durch die Gemeinden und Provinzen. Der Staat vergibt entsprechende Zuschüsse, sobald mit den Baumaßnahmen begonnen wird.

Für die Bebauung der VINEX-Gebiete gelten bestimmte Vorschriften: Die neuen Wohnungen müssen großzügig geschnitten sein, die Bebauung muss architektonische Variation aufweisen und zudem auf angemessen großen Grundstücken stattfinden. Es müssen verschieden große und verschieden ausgestattete Wohnungen in verschiedenen Preisklassen realisiert werden. Den zukünftigen Bewohnern muss das Recht zugestanden werden, sich „ihr“ Haus selbst zu bauen oder bauen zu lassen. Auch müssen potenzielle Interessenten angemessen über Kaufbedingungen und Finanzierungsmöglichkeiten informiert werden.

Weiterhin sind VINEX-Gebiete so zu strukturieren, dass sie Flächen für Grünanlagen bzw. Parks sowie für Gewerbeansiedlungen aufweisen. Eine quantitativ wie qualitativ hochwertige Anbindung an den ÖPNV sowie an den Regionalverkehr ist sicherzustellen. Mit IJburg als neuem Stadtteil von Amsterdam, der auf sieben Inseln im IJsselmeer entsteht, wurde ein entsprechendes Gebiet besichtigt. 2003 wurden die ersten der insgesamt 18.000 Wohnungen und Büros bezogen. Sie sollen Raum für 45.000 Einwohnerinnen und Einwohner bieten und auch gleichzeitig auch Erholungszonen bei Strukturen von dicht und urban bis zur idyllischen Strandinsel bieten.

Harald Holler

Texte in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

CDU

Verfassungsänderung zur Begrenzung der Verschuldung

Die CDU-Landtagsfraktion will über eine Änderung des Grundgesetzes und der Landesverfassung Schlupflöcher für überschuldete Staatshaushalte schließen. Die CDU werde einen entsprechenden Vorstoß im Landtag unternehmen und eine Bundratsinitiative der Landesregierung anregen, kündigte der Fraktionsvorsitzende Helmut Stahl (Bild) an. Hierbei geht es um die Änderung von zwei verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die es Bund und Ländern erlauben, bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mehr Schulden aufzunehmen als an Investitionen getätigt wird.



Sowohl Artikel 115 des Grundgesetzes als auch Artikel 83 der Landesverfassung sehen vor, dass höhere Schulden gemacht werden dürfen, wenn der Staat eine „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ erklärt. Die Voraussetzungen hierfür seien aber unzureichend definiert und damit „stets anfechtbar“, begründete Stahl die Initiative seiner Fraktion: „Der Bund und mehr als die Hälfte der Länder bedienen sich dieses virtuellen Haushaltstricks. Wir wollen diese Hintertür zumauern.“ NRW werde aufräumen mit der Philosophie, durch staatliche Kredite könne Arbeitslosigkeit bekämpft werden, sagte der Fraktionschef. Im Bundestag sei es nun Aufgabe „der Großen Koalition, diesen historischen Irrtum zu korrigieren“. Die CDU-Fraktion wird bis zum Herbst entsprechende Initiativen einbringen. ■

GRÜNE

Erwerbslose fördern und örtliche Zusammenarbeit verbessern



In dieser Woche hat die GRÜNE-Fraktion mit PraktikerInnen über konkrete Probleme in der Umsetzung und Handlungsbedarf bei der Arbeitsmarktreform diskutiert. Neben der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Brigitte Pothmer, waren auch die grüne Sozialdezernentin aus Köln, Marlies Bredehorst (im Bild links), und der Leiter der Wuppertaler ARGE, Thomas Lenz (Bildmitte), zu Gast. Als grundlegendste Korrektur fordern die Grünen, die Förderung von Erwerbslosen in den Vordergrund zu stellen. Bislang übe sich die Große Koalition vor allem in Repression und Diffamierungen der Arbeitslosen. Außerdem, so ein Fazit der Diskussionsrunde, müssten die Hemmnisse in der örtlichen Zusammenarbeit beseitigt werden. Zudem sei das Förderspektrum dringend überarbeitungsbedürftig. Die GRÜNE-Fraktion sprach sich besonders für die Möglichkeit einer dauerhaften Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen außerhalb des Ersten Arbeitsmarktes in gemeinnützig orientierten Bereichen aus. Ein zweites großes Thema waren die Leistungen zur Grundsicherung, die besonders im Hinblick auf Kinder unzureichend seien. In einigen Regionen in NRW leben etwa ein Viertel aller Kinder in Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen. ■

SPD

Der 1. Mai muss ein arbeitsfreier Tag bleiben

Die Ladenöffnungszeiten an den sechs Werktagen völlig frei zu geben und damit den über 400.000 Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Einzelhandel ihre Arbeits- und damit auch Lebensbedingungen zu erschweren, ist schon arbeitnehmerfeindliche Politik. Aber ausgerechnet den 1. Mai nicht mehr als arbeitsfreien Feiertag zu schützen, wie es die schwarz-gelbe Landesregierung plant, ist Kapitalismus pur. Man sieht: Die Sozialrhetorik des Ministerpräsidenten Rüttgers findet offensichtlich keinen Niederschlag in seinem tatsächlichen Handeln. Er blinkt links und biegt rechts ab.

Die Empörung des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen ist daher völlig richtig und findet die uneingeschränkte Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion. Das Öffnen des Ladenschlusses insbesondere auch am 1. Mai ist ein Schlag ins Gesicht der Gewerkschaften und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Mit dem geplanten Ladenöffnungsgesetz der schwarz-gelben Landesregierung haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen erstmalig die Möglichkeit, über die Öffnung des 1. Mai für den Verkauf zu entscheiden. Der selbst ernannte „Arbeiterführer“ Rüttgers schafft also mit seinem Gesetz die Voraussetzung dafür, dass der Feiertag zu einem Arbeitstag gemacht wird. Bisher hatte die zuständige oberste Landesbehörde darüber entschieden, wenn eine Kommune den 1. Mai für den Verkauf öffnen wollte. In der Vergangenheit hat aber das sozialdemokratisch geführte Land die schützende Hand über den internationalen Tag der Arbeit gehalten. ■

FDP

60 Jahre Nordrhein-Westfalen – Die FDP-Fraktion im Landtag

Als erste Fraktion haben die Liberalen am 22. August im Landtag das Landesjubiläum gefeiert. Rund 300 Gäste – darunter zahlreiche ehemalige FDP-Landtagsabgeordnete – kamen zur Eröffnung der Ausstellung „60 Jahre Nordrhein-Westfalen – Die FDP-Fraktion im Landtag“. Fraktionschef Gerhard Papke freute sich über die Anwesenheit von Abgeordneten aus sechs Jahrzehnten und dankte ihnen für ihren immensen Einsatz für das Land NRW.

Als Ehrengäste begrüßte er die ehemaligen Landesminister Liselotte Funcke, Burkhard Hirsch und Horst-Ludwig Riemer sowie die ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Achim Rohde und Wolfgang Heinz. Jeder der Ehrengäste, so Papke, habe die Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens auf ganz besondere Art und Weise mitgestaltet. „Als Fraktion mit Regierungsverantwortung bewegen wir uns nicht im luftleeren Raum, sondern zwischen den Leitplanken, die Sie durch Ihre politische Arbeit, durch Ihre Überzeugungen und Erfahrungen gesetzt haben.“



Ehemalige und amtierende FDP-Landtagsabgeordnete nutzten die Eröffnung zu einem regen Austausch über die Geschichte des Landes und die Bedeutung der Freien Demokraten im Verlauf der vergangenen sechzig Jahre. ■

Porträt der Woche: Manfred Palmen (CDU)

Mit Manfred Palmen kann man ins Manöver ziehen. Der Major d.R. ist jemand, der gerne voran macht, los marschiert. Er meint, dass in der Politik, die sein Metier geworden ist wie die Juristerei, zuviel geredet und gefeilscht, zu wenig ehrlich und konsequent gehandelt wird. Palmen gehört zu den Menschen, die sich viel aufladen beziehungsweise aufbürden lassen. Ein Gespräch mit ihm verläuft hochtourig, man muss ihn unterbrechen, anderenfalls kann die Unterhaltung einseitig werden. Der Christdemokrat aus Kleve behauptet, früher noch ungeduldiger gewesen zu sein als heute. Der Spruch „Herr, gib mir Geduld, aber sofort!“ passt auf Palmen, den Typ Anpacker, dem die 100-Stunden-Woche nicht fremd ist.

Bürgermeister von Kleve wäre er gerne geworden. Stadtdirektor war er in der Stadt am Niederrhein von 1990 bis 1999. „Aber“, sagt Manfred Palmen scherzhaft, „sie müssen 150 Jahre in Kleve leben, um als richtiger Kleveraner zu gelten.“ Palmen wurde am 11. März 1945 in Kaarst bei Neuss geboren. So wurde also nichts aus dem Bürgermeisteramt, stattdessen kam der Verwaltungsjurist, der mittlerweile als Rechtsanwalt (ohne Türschild) zugelassen ist, 2000 in den Landtag. Bei der Landtagswahl 2005 schaffte er im Wahlkreis 54,7 Prozent. Als ihn Jürgen Rüttgers fragte, ob er Parlamentarischer Staatssekretär werden wolle, war Palmen erst einmal verblüfft. Hatte er doch in der Legislaturperiode 2000 bis 2005 zu den wenigen CDU-Fraktionsmitgliedern gezählt, die unbequem waren und laut warnten, wenn wieder einmal die eigene Truppe kostenträchtige Beschlüsse fasste.

Palmen sagt, er habe privat noch nie Schulden gemacht. Dass der Staat seit Jahr und Tag Schulden häuft und so die nachfolgenden Generationen belastet, macht Palmen fassungslos und entschlossen zugleich. Als Parlamentarischer Staatssekretär für Verwaltungsstruktur und Sport (nur Letzteres hält er für „vergnügungssteuerpflichtig“) möchte Palmen alles ihm und seiner kleinen Steuerungsgruppe im Innenministerium Mögliche daran setzen, das Bürokratiestück drastisch zurückzuschneiden. Erste Kabinettsbeschlüsse zur Auflösung von 46 bislang eigenständig wuchernden Sonderbehörden möchte Palmen am liebsten mit Böllerschüssen der Zufriedenheit feiern.

REFORMFÄHIGKEIT

Palmen, der in Bonn studiert hat, war einst mit viel Idealismus in die Verwaltung eingetreten. Aus Idealismus ist zwar kein Zynismus geworden, aber Enttäuschungen über die Möglichkeiten, eine Verwaltung effizient zu führen, kennt Palmen zu gut. In nachdenklichen Gesprächsmomenten beschleichen ihn Zweifel, ob die Deutschen überhaupt reformfähig sind und einen Staat haben möchten, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert.

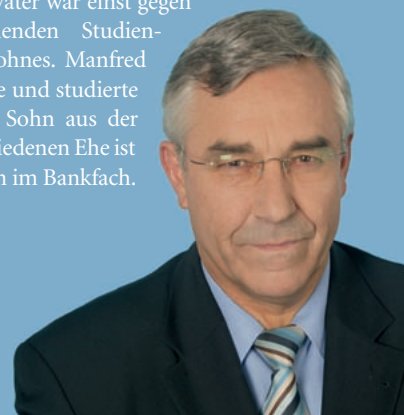
In die CDU – Palmens Vater war Gründungsmitglied der CDU in Neuss – trat der „Parlamentarische“ 1982 ein, nachdem Helmut Kohl mit Hilfe des Konstruktiven Misstrauensvotums und einer wechselbereiten FDP zum Kanzler gewählt worden war. Zu Kohl hat Parteifreund Palmen ein ambivalentes Verhältnis. Während

er Konrad Adenauer ohne Einschränkung für politisch vorbildhaft hält, wirft er Kohl vor, die großen Reformen in den Sozialversicherungen verschleppt zu haben. Grimmig reagiert Palmen auf stromlinienförmige Politiker aus dem Umkreis Angela Merkels, die beispielsweise das Antidiskriminierungsgesetz auch noch verteidigen. Palmen: „Alle bei uns haben so einen Hals, noch im CDU-Wahlkampf hieß es doch, man setze allenfalls die EU-Richtlinie 1:1 um.“

Zu „seinem“ Innenminister, dem FDP-Politiker Ingo Wolf, pflegt CDU-ler Palmen ein nüchternes, kameradschaftliches Arbeitsverhältnis. Beide kommen aus der Kommunalpolitik, beide spielten einst Hockey auf hohem Niveau.

Sport betreibt Palmen längst nicht mehr: Sowohl Hockey, als auch Tennis ist passé. Ein wenig radeln und ab und zu in den privaten „Folterkeller“ – das ist es bereits. Der Nichtraucher, der bei Alkoholischem vorsichtig ist und sich diszipliniert, liebt das vierzehntägliche Doppelkopftreffen. Vor allem liebt er Römische und Neuere Geschichte. Der Vater war einst gegen einen entsprechenden Studienwunsch seines Sohnes. Manfred Palmen gehorchte und studierte die Rechte. Sein Sohn aus der inzwischen geschiedenen Ehe ist Diplomkaufmann im Bankfach.

Autor:
Reinhold Michels



FCL: Sieg über Viktoria

Gut erholt präsentierte sich der FC Landtag nach der Klatsche im WM-Vorspiel gegen die Alt-Internationalen. Die Verjüngungskur, die FCL-Präsident Günter Langen seinem Club verordnet hatte, wirkte sich in diesem Spiel gegen Viktoria Buchholz ausgesprochen positiv aus. Und so zog der FCL auf des Gegners Platz von Beginn an ein flottes Kombinationsspiel auf, in das sich auch die Abwehrspieler Norbert Stiens und Jörg Krause immer wieder sehr offensiv einschalteten. Die FCL-Abwehr mit ihrem linken Pfeiler Sören Link stand trotz der Offensivausrichtung sicher. Und wenn die Stürmer der Viktoria doch einmal zum Abschluss kamen, wurde dies eine sichere Beute des Ruhe ausstrahlenden FCL-Schlussmannes Rene Markgraf.

Sicherheit gab dem FCL auch die frühe Führung. Damit ließ sich trefflich kombinieren. Viktoria Buchholz konnte das Spiel in der ersten

Hälfte zwar einigermaßen ausgeglichen halten, die besseren Einschussmöglichkeiten hatte aber der FCL. Das steigerte sich noch in der zweiten Halbzeit. Einen wunderbaren Angriff über den rechten Flügel schloss Oskar Burkert grandios ab, indem er den halbhoch herein geschlagenen Ball volley und unhaltbar ins gegnerische Netz drosch.

Nun gab es kein Halten mehr: Der FC Landtag erspielte sich vor allem in der Schlussviertelstunde Chance auf Chance, scheiterte aber oft an dem hervorragenden Viktoria-Torhüter oder an den eigenen Nerven. Zwei weitere Treffer aber sollten es doch noch werden. Linksaußen Jens Petersen köpfte eine Ecke ein. Und Thorsten Schick steuerte, sehr schön frei gespielt, allein auf den Viktoria-Keeper zu, ließ diesen durch eine kurze Körpertäuschung ins Leere laufen und vollendete. Das 4:0 bessert das insgesamt miserable Torverhältnis des FCL etwas auf. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Telefon (0211) 884-2304, 884-2545 und 884-2309, Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 1. September bis 27. September 2006

1.9. Christian Möbius (CDU)	40
2.9. Thorsten Schick (CDU)	35
8.9. Jochen Dieckmann (SPD)	59
10.9. Wolfgang Aßbrock (CDU)	54
15.9. Dr. Stefan Berger (CDU)	37
16.9. Britta Altenkamp (SPD)	42
17.9. Anke Brunn (SPD)	64
17.9. Dr. Gerd Hachen (CDU)	54
21.9. Dieter Hilser (SPD)	53
26.9. Winfried Schittges (CDU)	60
27.9. Dr. Jens Petersen (CDU)	36
27.9. Monika Ruff-Händelkes (SPD)	46

Dr. Stefan Berger, CDU-Landtagsabgeordneter aus Viersen, Mitglied des Hauptausschusses und des Innovationsausschusses, wo er als stellvertretender Vorsitzender fungiert, ist vom Landtag als ordentliches Mitglied des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) benannt worden. Dieses Gremium berät das Ministerkomitee und die Parlamentarische Versammlung des Europarats in allen Fragen der Gemeinde- und Regionalpolitik.

Marc Jan Eumann (SPD) ist neuer Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand. Er löst damit den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck ab. Eumann, Landtagsabgeordneter aus Köln, ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und gehört dem Landtag seit 1995 an.

Oliver Keymis (GRÜNE), verkehrspolitischer Sprecher, hat deutliches Sparpotenzial bei den Aufsichtsräten der Verkehrsunternehmen ausgemacht und nicht in erster Linie bei den Verkehrsverbänden, wie „Landtag intern“ in der Ausgabe 8 auf Seite 7 irrtümlich vermeldet hat. Keymis: Allein im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr gebe es 24 Verkehrsunternehmen mit entsprechenden Aufsichtsräten. Die Zahl der Verbände belaufe sich dagegen auf neun.

Dr. Fritz Schaumann, FDP-Landtagsabgeordneter von 1985 bis 1988 und später Staatssekretär im Bonner Wissenschaftsministerium, hat seine Arbeit als Präsident der Kunststiftung NRW aufgenommen. Die 1990 gegründete Stiftung fördert herausragende Kunstprojekte und den besonders begabten Nachwuchs.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 31. August 2006 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Alle auf einen Blick

187 Köpfe zählt der nordrhein-westfälische Landtag. Diese hat „Landtag intern“ nun auf Papier gebannt - und zwar auf einen praktischen Übersichtsplan, wie Landtagsmitarbeiterin Sandra Dragon vorführt. Er bildet das Herzstück des „Landtag intern“-Sonderdrucks (kleines Bild), der anlässlich der Tage der offenen Tür erschienen ist. Neben dem Schaubild enthält das Heft auch einen Grußbrief der Landtagspräsidentin Regina van Dinker, einen Bericht über die aufwendige Rettung der Landtagsverfassung sowie eine bebilderte Zeitreise durch 60 Jahre Parlamentsgeschichte. Alle diejenigen, die es nicht geschafft haben, sich den Sonderdruck im Landtag persönlich abzuholen, haben jetzt die Möglichkeit, sich diesen zuschicken zu lassen. E-Mail oder Postkarte an die Redaktion genügt.

Foto: Esser